Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G.m.b.H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 39. **Halle, Freitag den 15. Februar 1918.** **2. Jahrgang.**

Trotzkis Erklärung und der Waffenstillstand.

Im Großen Hauptquartier berieten auch gestern noch die Vertreter der Regierung und der Obersten Heeresleitung über die durch die bekannte Erklärung Trotzkis im Osten geschaffene Lage. Berliner Pressevertretern, die über den Stand oder die Ergebnisse der Beratung bei den zuständigen Stellen Erkundigungen einzogen — oder vielmehr einziehen wollten! — ist mitgeteilt worden, daß man bei den Beratungen im Großen Hauptquartier zu einer vollen Klarheit über die Auffassungen aller Beteiligten gelangt sei, und daß sich im Laufe der Besprechungen die einmütige Uebereinstimmung der Regierung und der Obersten Heeresleitung in allen zur Beratung stehenden Fragen ergeben habe.

Unter den vielen rechtlichen und politischen Fragen, die sich für Deutschland an die bekannte Erklärung Trotzkis knüpfen, ist die wichtigste, welche Situation diese Erklärung dem mit Rußland abgeschlossenen Waffenstillstand gegenüber schafft. Wie man erfährt, ist diese Frage auch der wichtigste Gegenstand der Beratungen gewesen, die im Großen Hauptquartier gepflogen worden sind. Man ist bei diesen Beratungen davon ausgegangen, daß der Waffenstillstand zu dem Zwecke abgeschlossen worden sei, zwischen den Vertragsschließenden einen endgültigen Frieden herbeizuführen. Dadurch, daß ein solcher Friedensschluß nicht erreicht worden ist, und daß auch die Trotzkische Erklärung einen Frieden in diesem Sinne natürlich nicht darstellt, ist der Zweck des Waffenstillstandes gefallen, weshalb nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist der Kriegszustand wieder in Kraft treten werde, ohne Rücksicht darauf, ob Rußland eine Demobilisation vornimmt oder nicht.

* * *

Berlin, 15. Februar. Der Reichskanzler verließ gestern abend das Große Hauptquartier und kehrte nach Berlin zurück. Staatssekretär von Kühlmann dürfte etwas später in Berlin eintreffen.

Berlin, 15. Februar. Der Reichskanzler wird alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages Veranlassung nehmen, im Plenum sich über die politische Lage zu äußern. Ein bestimmter Tag ist hierfür noch nicht festgesetzt; aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte der Kanzler schon den ersten Tag nach dem Zusammentritt für seine Erklärungen über den Friedensvertrag mit der Ukraine, die Lage in Rußland und den Versailler Kriegsrat benutzen. Daran dürfte sich dann in engem Rahmen eine Aussprache knüpfen; da die Fraktionen den Wunsch haben, sobald als möglich zu den politischen Fragen Stellung zu nehmen. Der Aussprache werde dann die Einbringung des Reichshaushaltsplanes für 1918 durch den Reichsschatzsekretär Grafen Roedern folgen.

Wien, 15. Februar. Graf Czernin, der vorgestern am Bahnhof sowie im Ministerium in einer Weise empfangen wurde, wie wohl noch kein österreichischer Staatsmann, wird auf die Rede Wilsons möglichst rasch antworten. Selbstverständlich wird seine Antwort den Ton festhalten, der mit so gutem Erfolge bisher angeschlagen wurde und auch als durchaus gerechtfertigt erscheint; da Wilson sich nicht den Versailler Beschlüssen angeschlossen hat. Auf keinen Fall wird es gelingen, durch diplomatische Behandlung einen Keil zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu bringen, um durch Scheinverhandlungen militärische Entscheidungen aufzuhalten. Ueber Prinzipien wird man sich gewiß einigen können; dann besteht tatsächlich kein Unterschied zwischen Wien und Washington, als die Anwendung der Probleme.

Die Beschützer Frankreichs und Italiens.

Haag, 15. Februar. Nieuwe Rotterdamsche Courant schreibt: Falls Lloyd George, als er von der Verteidigung der Hauptstadt Frankreichs durch englische Truppen sprach, keine Phrase gemacht hat, so bedeutet das, daß England nun seine Front über St. Quentin hinaus bis jenseits Verdun ausbreiten wird; denn Verdun deckte stets Paris. Damit bringt England Frankreich wirklich eine große Erleichterung, nachdem nun auch in Lothringen eine amerikanische Front gebildet ist.

Zürich, 15. Februar. Der Züricher Morgenpost zufolge, sollen bisher etwa 70 000 amerikanische Soldaten im Osten Frankreichs eingetroffen sein und dort einen Frontabschnitt besetzt haben.

Rotterdam, 15. Februar. Wie aus London gemeldet wird, sind die englischen Linien östlich vom Montelle-Hügel entlang der Piave ansehnlich verstärkt worden und dehnen sich jetzt bis auf einige Meilen östlich von Nervesa aus.

Lloyd George wird die Vertrauensfrage stellen!

Bern, 15. Februar. Daily News melden: Lloyd George habe in vertraulichen Besprechungen mit den liberalen Führern des Parlaments die Absicht geäußert, bei der kommenden Beratung über den neuen Kriegskredit die Vertrauensfrage zu stellen.

Amsterdam, 15. Februar. Wie aus London gemeldet wird, haben die energischen Maßnahmen zur Fortsetzung des Krieges, wie sie in der englischen Thronrede und der Rede Lloyd Georges ermähnt werden, in England eine starke Gegnerschaft hervorgerufen.

Die Lage in Wien.

Wien, 15. Februar. Telegraphen-Union berichtet: Die politische Lage ist noch völlig ungeklärt. Die Entscheidung liegt jetzt in der Hand der deutschen Sozialdemokraten, die vor die Wahl gestellt sind, entweder auf das Parlament zu verzichten, oder von ihrer entschiedenen ablehnenden Haltung gegen das Budget ausnahmsweise Abstand zu nehmen. Es ist schon ein Fortschritt, daß man noch nicht sagen kann, wie die Entscheidung der Sozialdemokraten ausfallen wird. Inzwischen hat sich die Aufregung der Polen über das Abkommen mit der Ukraine weiter gesteigert und es ist schon zu unliebsamen Vorgängen gekommen. Es ist nicht zu ersehen, wie diesen neuen Schwierigkeiten begegnet werden kann. Der Korrespondent der Frankf. Zeitung glaubt nicht, daß man an maßgebenden Stellen die Erbitterung des polnischen Volkes leicht nimmt; aber es muß den Polen geraten werden, sich nicht durch Leidenschaften beraten zu lassen.

Die Oesterreicher wieder in Brody.

Wien, 14. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Gemäß Artikel 2, Absatz B, des mit der Ukraine abgeschlossenen Vertrages, der den Status quo ante der zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bestandenen Grenzen wiederherstellt, zogen gestern unsere Truppen in Brody ein. Das einmarschierende Jägerbataillon wurde vom Bürgermeister der Stadt in Gegenwart der Rada der 115. Ukrainischen Division feierlichst begrüßt. Auch die Bevölkerung ließ es an den allerherzlichsten Sympathiekundgebungen für die österreichisch-ungarischen Truppen nicht fehlen. Durch diese friedliche Besetzung Brodys ist die letzte größere Stadt Ostgalizien wieder in österreichisch-ungarischen Händen, nachdem sie seit den letzten Julitagen 1916 unter russischer Herrschaft war.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte arbeiten.

In Berlin sind seit einer Woche die Außerordentlichen Kriegsgerichte in Tätigkeit, um auf Grund des verschärften Belagerungszustandes über die mit dem letzten Streik im Zusammenhange stehenden Vergehen zu urteilen.

Es sind schon, sowohl gegen Männer wie gegen Frauen, sehr schwere Strafen verhängt. So wurde verhandelt gegen den 40jährigen Maschinenschlosser Johann Rataczek, der am 31. Januar auf den Alexanderplatz einen Straßenbahnwagen zum Halten zu bringen versucht hat. Er hat die Bremse abgeschraubt und schließlich einem Schutzmanne bei der Festnahme Widerstand entgegengesetzt. Das Urteil lautete auf drei Jahre sechs Monate Zuchthaus.

Ein Jahr sechs Monate Zuchthaus wurde gegen den 40jährigen Fräser Karl Meyer ausgesprochen, der sich an einem Auflauf beteiligt und ebenfalls einen Straßenbahnwagen zum Halten gebracht haben soll. — Um einen Angriff auf einen Straßenbahnwagen handelte es sich auch in der Verhandlung gegen den noch nicht 19jährigen Friseurgehilfen Paul Ziemann und den erst 17jährigen Schlosser Hermann Spitzer. Beide wurden für überführt angesehen und Ziemann zu 1 Jahre Zuchthaus, Spitzer zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Weil er am 2. Februar vor den Berliner Ausweis-Werken die Arbeiterinnen aufgefordert hatte, sich dem Streik anzuschließen, wurde der 31jährige Former Paul Marhelt zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen dieser Aufforderung zum Streik sind eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen angeklagt worden. Alle sollten sich durch diese Aufforderung des Landesverrats schuldig gemacht haben. Es gelang nur in einem Falle, gegen einen Angeklagten den schlüssigen Beweis zu führen. Dieser Angeklagte, ein 17jähriger Mechaniker, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Auf versuchten Landesverrat, in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Nötigung, lautet auch die Anklage gegen acht Personen, gegen die zusammen verhandelt wurde. Die Beschuldigten sollen am Morgen des 1. Februar am Bahnhof Grunau Streikposten gestanden und Arbeitswillige, die zur Arbeit nach Johannisthal wollten, von ihrem Vorhaben abgebracht haben. Allen acht Angeklagten war nichts nachzuweisen. Sie mußten freigesprochen werden.

Unverständlich ist ein Urteil, das den Tischler Johann Wittenberg zu neun Monaten Gefängnis verurteilte. Der Tischler ist gesehen worden, wie er mit einem Paket in das Lokal des Gastwirts B. in Neukölln ging. Da sich in dieser Wirtschaft das Streikbureau befunden haben soll, schloß man daraus, daß sich in dem Paket Streikflugblätter befunden hätten. Der Angeklagte war zu keinem Geständnis zu bewegen; er behauptete während der ganzen Verhandlung, er habe in dem Paket Werkzeuge gehabt.

Als eine Ansammlung von Streikenden im Humboldthain von einem berittenen Schutzmann angetroffen wurde, soll der Arbeiter Max Behling der Menge zugerufen haben: „Soll den Menschen doch vom Pferde herunter!" Tatsächlich ist der Schutzmann auch vom Pferde gerissen worden. Das Gericht sah den Angeklagten als Rädelsführer an und belegte ihn mit zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Dittmann und Liebknecht.

Wolffs Bureau berichtet: Anläßlich der Verurteilung Dittmanns zu 5 Jahren Festungshaft zieht die Leipziger Volkszeitung einen Vergleich zwischen diesem Urteil und dem gegen Liebknecht ergangenen und kommt dabei zu einem Schlusse, der ebenso falsch ist, wie seine Voraussetzungen: das Gericht hätte vor der veränderten Volksstimmung zurückweichend, sich zu einem ähnlichen scharfen Urteil nicht entschließen können. Richtigstellend sei folgendes bemerkt:

Liebknechts Verurteilung erfolgte durch ein Militärgericht, da er Armierungssoldat war. Als Angehöriger des Heeres hat er unter Bruch des Fahneneides dem Vaterland Schaden zuzufügen versucht. Das Gericht hat daher festgestellt, daß er aus ehrloser Gesinnung gehandelt hat, und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Mildernde Umstände konnen hierbei nicht in Frage. Das verhältnismäßig scharfe Urteil ist vor allem deshalb gefällt worden, weil Liebknecht Soldat war.

Der Fall Dittmann liegt wesentlich anders. Dittmann ist nicht Soldat und stand auch nicht vor einem Militärgericht. Nach § 20 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich war in diesem Falle auf Festungshaft zu erkennen, wenn dem Angeklagten ehrlose Gesinnung nicht nachzuweisen war. Das war nicht der Fall, und das außerordentliche Kriegsgericht, vor dem die Verhandlung gegen Dittmann stattfand, konnte ihm um so eher die im Gesetz vorgesehenen mildernden Umstände zubilligen, als er unter der Suggestion einer Massenbewegung gehandelt hatte, während Liebknecht eine solche noch nicht vorhandene Bewegung ins Leben zu rufen trachtete.

Wilson und Lloyd George.

J. K. Der Stand des Krieges ist der, daß im Osten nicht mehr gekämpft werden wird, auch wenn die Herstellung einer neuen dauerversprechenden Ordnung noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, daß dagegen im Westen beide Kriegsparteien sich zu einem gigantischen Waffengang rüsten, von dem sie die Entscheidung erhoffen. Nun ist die Aussicht darauf, daß wirklich ein Waffensieg so gewaltig ausfiele, daß er Friede erzwänge, immerhin sehr unsicher, und der Friedenswille in den Völkern der Mittelmächte stark und lebendig wie nur je. Daraus ergab sich von selbst der Wunsch, vor Beginn der neuen blutigen Offensiven noch einmal zu versuchen, ob eine Verständigung nach Westen hin möglich sei. Diesen Friedensvorstoß machte am 24. Januar Graf Czernin, indem er — sicherlich nicht im Gegensatz zu Deutschland — Wilson anbot, daß sie beide gemeinsam die Vermittlung zwischen Deutschland und der Entente versuchen wollten. Am gleichen Tage zeichnete Graf Hertling die Umrisse auf, innerhalb deren ein solcher Versuch glücken könnte: die Entente müßte das deutsche Reichsgebiet als unantastbar anerkennen, dann werde Deutschland noch vor Eintritt in die Friedensverhandlungen Belgiens volle Widerherstellung zusagen. Elsaß-Lothringen gegen Belgien wäre also noch heute eine Friedensformel.

Auf diesen Vorschlag Czernins hat Wilson am 11. Februar geantwortet, und die deutsche Presse ist sich im Unklaren darüber, ob er ihn angenommen oder abgelehnt hat. Er hat eine Reihe neuer allgemeiner Formeln aufgestellt, mit denen man sich einverstanden erklären kann, die aber nichts besagen, weil jeder darunter verstehen kann, was ihm beliebt. Er hat höflich gesprochen, hat sich dagegen verwahrt, daß er den Schiedsrichter Europas spielen wolle, oder mit der Macht der Vereinigten Staaten drohe, hat aber umgekehrt doch beides wieder getan. Er hat versucht, Oesterreich-Ungarn gegen Deutschland, den Reichstag gegen die Heeresleitung, die polnischen Wünsche gegen die neueste Regelung im Osten und die fremden Völker in der Türkei gegen dieses Land auszuspielen, und das alles sind die üblichen diplomatischen Mittelchen und Kniffe des Kriegswillens. Aber man kann trotz alledem nicht behaupten, daß Wilson Unmögliches als unerläßliche Friedensforderung hingestellt habe. Kurzum es blieb unklar, ob es sich bloß um eine Friedensbeteuerung handelt, die den Kriegsgegner ins Unrecht setzen und dadurch die Kampfbereitschaft des eigenen Volkes anfachen soll oder ob Wilson ernstlich Neigung hatte, auf die Czernin'sche Brücke zu treten. Da ist nun unmittelbar nach Wilson wieder Lloyd George zu Wort gekommen und hat eine Kriegsrede ganz im Stil der neuen Kriegserklärung von Versailles von sich gegeben. Während Wilson Czernin lobt und Hertling tadelt, erklärt Lloyd George, daß er beide in der Sache gleich ungenießbar fände. Sie wollten beide Mesopotamien, Palästina und Arabien für die Türkei sichern, Görz, Südtirol und Böhmen für Oesterreich, Elsaß-Lothringen, Posen und Westpreußen für Deutschland, kurzum sie wollten die englischen Eroberungsziele noch immer nicht anerkennen, an denen die Entente unverändert festhalte, und deshalb sei es deren „traurige Pflicht", alle weiteren Vorbereitungen für den „Sieg des Rechts" — durch die Kanonen — zu treffen.

Es bedarf keiner ausdrücklichen Versicherung, daß ganz Deutschland in der Tat die Lloyd Georgeschen Forderungen unannehmbar findet und daß sie angesichts der tatsächlichen militärischen Lage unsinnig sind. Noch viel lächerlicher, als Herrn Lloyd George der Gedanke vorkommt, daß England Gibraltar, Malta und Zypern räumen sollte, ein Vorschlag zur Güte, aus dem er mit Unrecht eine deutsche Forderung macht.

Nach diesen Erklärungen Lloyd Georges bestehen nur zwei Möglichkeiten: entweder klafft zwischen Wilson und Lloyd George eine unüberbrückbare tiefe Kluft prinzipieller Verschiedenheit über Friedensmöglichkeiten und Friedensbedingungen oder Wilson ist nur ein Friedenskomödiant, der es mit dem Frieden so wenig ernst meint, wie es Lloyd George heilig ernst mit seiner Kriegsentschlossenheit ist. Die erstere Annahme ist unwahrscheinlich; gewiß werden zwischen Wilson und Lloyd George einige Verschiedenheiten in der Gestendmachung und Wertung der einzelnen Kriegsziele bestehen, wie ja unzweifelhaft auch Czernin und Kühlmann nicht ganz genau im selben Fahrwasser schwimmen. Aber so sehr sich das Ausland täuschte, wenn es zwischen diesen beiden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten vermutete, so wenig können wir an einen wirklich tiefen Gegensatz zwischen Lloyd George und Wilson glauben. Mit keinem Wort hat sich Wilson gegen die Beschlüsse von Versailles gewendet, die besagen, daß Fortsetzung des Krieges mit vermehrter Energie gegenwärtig die einzige wirkliche Aufgabe der Alliierten sei: kein Satz seiner Rede berechtigt uns dazu, dem englischen Premierminister entgegenzuhalten, daß er von Wilsons Standpunkt abweiche.

Es bleibt nur der Schluß offen, daß damit auch der letzte Czerninsche Versuch fehlgeschlagen ist, und daß keine Aussicht besteht, rechtzeitig durch Friedensverhandlungen dem neuen ungeheuren Blutvergießen im Westen vorzukommen. Diese Erkenntnis ist bitter genug, aber nach allem vorhergegangenen nicht überraschend. Wir mögen noch so fest davon überzeugt sein, daß die Feinde jetzt nicht mehr siegen können — die Ententestaatsmänner klammern sich mit skrupelloser Spielerleidenschaft an ihre Idee des großen Endsieges und werden ihm weiter furchtbare Opfer an Menschenleben und Wirtschaftsglück der Völker bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180215-12/fragment/page=0001

Aussichten der Frauenarbeit in der Uebergangszeit nach dem Kriege.

Von Gertrud Hanna.

Wie für Staat und Gesellschaft im allgemeinen, so bleiben für die Arbeiterbewegung im besonderen bei der Einrichtung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege eine Menge von Aufgaben zu lösen, die wir heute weder alle noch voll übersehen können. Das aber kann man wohl heute schon annehmen: Obwohl es nicht an Arbeiten fehlen wird, die notwendig gemacht werden müßten — man denke nur an die jahrelang auf das allernotwendigste beschränkt geblieben Reparaturen und unterlassenen Neuanschaffungen im Verkehrsgewerbe, in bezug auf Kleidung, Hausrat, kurz allen Gegenständen des täglichen Bedarfs —, so wird doch zunächst bei Beendigung des Krieges eine riesige Stockung unseres Wirtschaftslebens eintreten. Die Betriebe sind zum größten Teil auf die Herstellung von Heeresbedarf eingerichtet. Die Umstellung auf den Friedensbedarf wird infolge des Fehlens vieler Rohstoffe nicht so schnell vor sich gehen wie seinerzeit die Umstellung auf den Kriegsbedarf. Zum mindesten während dieser Zeit wird eine große Arbeitslosigkeit herrschen, noch verstärkt durch die Millionen rückkehrender Kriegsteilnehmer, mag deren Entlassung auch langsam erfolgen.

Nun warten freilich schon viele jetzt in Arbeit Stehende sehnsüchtig auf den Moment der Rückkehr der Kriegsteilnehmer zu den Arbeitsplätzen, um ihrerseits die Plätze verlassen zu können. Der Krieg hat durch das Hilfsdienstgesetz Männer zu Arbeitsleistungen gezwungen, die früher nicht gearbeitet haben und die auch, wenn der Zwang aufhört, ihr früheres Leben wieder aufnehmen wollen. Ferner arbeiten heute zahlreiche Frauen nur, weil ihre Männer, die sonst die Familie allein ernährt hatten, jetzt Kriegsdienste leisten. Alle diese werden gern freiwillig die Arbeitsplätze räumen. Die Frauen aber können dies nur, wenn ihre Männer wieder Arbeit und ausreichenden Verdienst gefunden haben.

Dem werden mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Noch immer waren Zeiten großer Arbeitslosigkeit den Unternehmern willkommene Gelegenheiten für einen Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Während der großen Krise 1908 schrieb ein Unternehmerblatt, daß die Zeiten großer Arbeitslosigkeit für die Unternehmer einen Prozeß der Gesundung und Erholung bedeuten. Es fragt sich deshalb, ob bei Beendigung des Krieges das Unternehmertum den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern so ohne weiteres die Plätze öffnen will, auf denen während des Krieges weibliche Arbeitskräfte zu niedrigeren Löhnen, als sie den Männern gezahlt werden, beschäftigt waren. Die freiwillig verlassenen Arbeitsplätze reichen als Arbeitsgelegenheit aber keineswegs für alle Kriegsteilnehmer aus. Ein großer Teil muß als arbeitslos übrig bleiben, und er wird vermehrt durch die aus der bisherigen Beschäftigung nach Aufhören der Heeresaufträge Entlassenen. Die Schar der Arbeitslosen wird aus Männern und Frauen bestehen und wird von seiten der Unternehmer dazu benutzt werden, ihre schon wiederholt während des Krieges geäußerten Forderungen nach Abbau der Kriegslöhne, die auf „ein normales Maß" zurückgebracht werden sollen, in die Praxis umzusetzen. Zu befürchten ist, daß die arbeitslosen Frauen dazu in weit höherem Maße die Hand bieten als die arbeitslosen Männer, weil sie in weit geringerem Maße organisiert sind als die letzteren.

Schon jetzt wird in Rücksicht auf die uns bevorstehende Situation versucht, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die uns über die schlimmste erste Zeit nach dem Kriege hinweghelfen sollen. Auch die Arbeiterorganisationen haben bereits Vorschläge unterbreitet, die sowohl die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienst, wie auch die Umschaltung unseres Wirtschaftslebens auf den Friedenszustand und die Unterstützung der auf der Strecke bleibenden Opfer berücksichtigen. Die Durchführung aller dieser Vorschläge erfordert eine Anerkennung der Organisationen der Arbeiter an allen Stellen, die dafür in Frage kommen, nicht zuletzt eine Anerkennung seitens der Unternehmerorganisationen. Daß es aber noch immer Unternehmer und Unternehmerverbände wie auch Behörden gibt, die mit Arbeiterorganisationen nicht verhandeln wollen, kommt daher, weil noch immer ein großer Teil der Arbeitskräfte den Organisationen fernsteht. Vor allen Dingen sind es die arbeitenden Frauen. Von ihnen gehört erst ein kleiner Prozentsatz den Organisationen an. Darum kann ihnen gegenüber noch immer mit einem gewissen Recht behauptet werden, sie seien nicht als Vertretung der gesamten Arbeiterschaft zu betrachten und könnten keine Garantie dafür übernehmen, daß die mit ihnen getroffenen Abmachungen auch innegehalten werden.

Gerade die auf Erwerb angewiesenen Frauen aber hätten es nötig, an den Arbeiterorganisationen einen Schutz zu haben in der uns bevorstehenden schweren Zeit der Uebergangswirtschaft, die gerade ihnen in mehr als einer Beziehung besonders schwer sein wird. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, wird während dieser Zeit die Arbeitsgelegenheit für Frauen besonders knapp sein. Die Arbeiten, die in Angriff genommen werden können, werden an die Körperkräfte der Arbeitenden derartige Ansprüche stellen, daß Frauen ihnen nicht gewachsen sind. Für die Arbeitsgelegenheiten, die als Domäne der Frauenarbeit galten, fehlt es an Rohstoffen. Dazu kommt, daß sich während des Krieges trotz aller Anerkennung der Arbeitsleistungen der Frauen eine Stimmung gegen sie gebildet hat, die erst ganz zum Ausbruch kommen wird, wenn unter den überflüssigen Arbeitskräften ein Kampf um den Arbeitsplatz entbrennt. Dann kann sich die vorhandene Mißstimmung gegen die Frauenarbeit, deren Ursache die Tatsache ist, daß sie überall billiger entlohnt wird wie Männerarbeit, leicht in Haß gegen die arbeitenden Frauen umwandeln, wie wir ihn aus früheren Zeiten her kennen. Heutigentags hätte er aber schlimmere Folgen. Heute sind die Frauen in weit höherem Maße auf außerhäusliche Erwerbsarbeit angewiesen als jemals früher. Heute würde ein solcher Zustand von den organisierten Unternehmern aber auch ganz anders ausgenutzt werden als früher. Der einzig leidtragende Teil bei einem solchen Kampfe wäre die Arbeiterschaft, und zwar wohl die Männer wie auch die Frauen.

Um zu vermeiden, daß nach dem Kriege ein Kampf der Geschlechter um den Arbeitsplatz entbrennt, anstatt daß Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung gemeinsam für günstige Arbeitsbedingungen wirken, muß versucht werden, in der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit die den Organisationen noch fernstehenden weiblichen Arbeitskräfte zu gewinnen.

Der Beginn der Wahlrechtsdebatte.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die Beratung der Wahlrechtsvorlage begonnen und nach längerer Debatte den § 1 der Regierungsvorlage unverändert angenommen. Hiernach ist wahlberechtigt zum Hause der Abgeordneten jeder Preuße, der die Staatsangehörigkeit wenigstens drei Jahre besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat in der Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde. Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen. Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht die Berechtigung zum Wählen.

Wenn auch der konservative Antrag, der eine dreijährige Aufenthaltsdauer in der Gemeinde fordert, im Verlaufe der Debatte zurückgezogen ist, so sind doch anderseits alle Verbesserungsanträge abgelehnt worden, nicht nur der sozialdemokratische auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen über 20 Jahre, sondern auch alle diejenigen Anträge, die die Härten der Regierungsvorlage beseitigen wollen.

Angenommen wurde dagegen ein von nationalliberalen Seite eingebrachter und von allen Parteien unterstützter Antrag, der den Teilnehmern an dem Kriege ihr Wahlrecht gewährleisten will, auch wenn sie nach Jahr in der Gemeinde wohnen.

Ueber die zu § 2 gestellten Anträge der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums, die den Ausschluß vorbestrafter Personen sowie derjenigen Personen, welche mit ihren Steuern im Rückstande sind, oder welche im Laufe der Jahre Armenunterstützung empfangen haben, vom Wahlrecht fordern, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Nach lebhafter Debatte, in der sich der Minister auch gegen diese Verschlechterungen wandte, wurden alle diese Anträge einem Unterausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Zu dem Kampf um das gleiche Wahlrecht, der am Montag einsetzen wird, ist der bereits in der konservativen Presse angekündigte Antrag der Konservativen nunmehr eingegangen. Hiernach soll das Abgeordnetenhaus aus 450 Abgeordneten bestehen, von denen 236 im allgemeinen, geheimen, direkten Wahlen nach dem Mehrstimmensystem, 214 in berufsständischen geheimen und indirekten Wahlen gewählt werden. Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine für die allgemeinen, eine für die berufsständischen Wahlen, die beide nur an einem Orte abgegeben werden dürfen. Für die allgemeinen Wahlen wird je eine Zusatzstimme erworben durch Lebensalter, Vermögen, Einkommen, selbständige Erwerbstätigkeit, Grundbesitz, Schulbildung. Auf Grund des Lebensalters erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der das 50. Lebensjahr vollendet hat. Auf Grund des Vermögens erhält jeder Wähler eine Zusatzstimme, der zur Ergänzungssteuer veranlagt ist. Auf Grund des Einkommens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der vom Staat zur Einkommensteuer veranlagt ist, sofern der Steuerbetrag den im Durchschnitt auf einen Wähler entfallenden Steuerbetrag übersteigt. Wähler, die zu einem Einkommen von mehr als 3000 M. veranlagt sind, erhalten stets eine Zusatzstimme. Auf Grund der selbständigen Erwerbstätigkeit erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der mindestens eine nach den Vorschriften der Versicherungsgesetze der Versicherungspflicht unterliegenden Person ganz oder teilweise bei Ausübung seiner Erwerbstätigkeit ununterbrochen seit mindestens sechs Monaten beschäftigt. Auf Grund des Grundbesitzes erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der als Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter inländischen Grundbesitzes, der mindestens zwei Hektar Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Obstbau oder Gärtnerei oder auf mindestens ein halb Hektar Weinbau betreibt. Auf Grund der Schulbildung endlich erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der entweder das Ziel einer Mittelschule oder Realschule oder in einer mehr als sechsklassigen höheren Schule die Versetzung in die dritteoberste Klasse, oder in einer Lehrerbildungsanstalt die Aufnahme in die dritte Seminarklasse erreicht hat.

Für die berufsständischen Wahlen wird die Wählerschaft in drei Berufsabteilungen eingeteilt. Die erste Abteilung umfaßt alle in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenwesen und Fischereien erwerbstätigen Personen; die zweite Gruppe umfaßt die in der Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr erwerbstätigen Personen, die dritte Gruppe endlich umfaßt die Beamten und Angehörigen der freien Berufe einschließlich aller Beamten, die in der Berufsstatistik des Deutschen Reiches in andern Abteilungen namhaft gemacht werden. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe bestimmt sich nach dem Hauptberuf unter Zugrundelegung der für die Reichsstatistik aufgestellten Grundsätze. Jeder Wähler kann nur einer Berufsgruppe angehören. Durch Verfügung des Ministers des Innern werden unter Berücksichtigung der Zahl der den betreffenden Berufen angehörigen Bevölkerungsteile Wahlkreise abgegrenzt, in denen je ein Abgeordneter gewählt wird. Die berufsständischen Wahlen selbst sind indirekt.

Graf Czernin über den Frieden.

Graf Czernin wurde bei seiner Rückkehr in Brest-Litowsk auf dem Nordbahnhof vom Bürgermeister Weiskirchner, dem gesamten Gemeinde- und Stadtrat und den deutschen parlamentarischen Klubobmännern auf das herzlichste begrüßt. Er antwortete:

Mein erstes Wort auf heimischem Boden ist der heiße Dank für unsere sieg- und glorreiche Armee, für unser Volk in Waffen und an seiner Spitze den obersten Kriegsherrn. Sie haben den Frieden gebracht, und ihnen sind wir Dank schuldig. Der Friede von Brest-Litowsk ist in doppelter Beziehung bedeutsam: Erstens bringt er uns dem allgemeinen Frieden um ein beträchtliches Stück näher, es beginnt zu tagen, am Horizont erglimmt das erste zarte Morgenrot des allgemeinen Friedens. Das, was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende, aber es ist der Anfang des Weltfriedens. Nicht nur politische Krankheiten sind ansteckend, sondern auch politische Genesungen. Auch der Friede wirkt ansteckend, wie die Zukunft bewiesen wird. Brest-Litowsk ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung bedeutungsvoll; was dort geschaffen wurde ist, wie Sie, Herr Bürgermeister, ganz richtig gesagt haben, ein Brotfriede,

das Gegenteil von dem, was man einen Hungerfrieden nennt.

Gewiß sind die Schwierigkeiten, die dem Transport entgegenstehen, groß. Aber es sind Vorkehrungen getroffen worden, und wenn sich die Verhältnisse nicht von Tag zu Tag bessern werden, so werden sie sich doch von Monat zu Monat bessern. Die Verbesserung ist jedenfalls unaufhaltsam.

Was die Kriegsgefangenen anbetrifft, so haben wir alle Vorkehrungen getroffen, und was menschenmöglich ist, wird geschehen, daß sie so rasch wie möglich in die Heimat zurückkehren können. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, daß Rußland noch in den Kämpfen des Bürgerkrieges liegt. Das bedeutet wohl eine Verzögerung, aber wir hoffen, auch mit dieser Schwierigkeit fertig zu werden. Wenn jemals Zuversicht am Platze war, so bin ich fest davon überzeugt, daß wir nur noch etwas durchhalten müssen, dann wird der allgemeine, lang ersehnte Frieden erreicht sein.

Zum Friedensschluß mit der Ukraine

meldet das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureau: Einer Blättermeldung zufolge machen sich die Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine bemerkbar. Die Rada verlegte ihren Sitz nach Zitomir und stellte direkte Verbindung mit uns her. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Näherrückung die beschleunigte Abwicklung aller in Verhandlungen festgelegten Abmachungen erfolgt.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Eine offizielle Mitteilung über die Verhandlungen mit Rumänien liegt noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß die rumänischen Unterhändler, die zunächst über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, bereits an ihrem Bestimmungsorte eingetroffen sind.

Tschernow als Nachfolger Lenins.

Stockholm, 13. Februar. Der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt aus Petersburg: In allen größeren Städten Rußlands, werden mit der Unterschrift des Hauptkomitees der Armee versehene Flugblätter verteilt, in denen folgende vielsagende Forderung enthalten ist: Wir empfehlen allen sozialistischen Parteien und allen demokratischen Organisationen, von Lenin und seinen Genossen die Durchführung des nachfolgenden Programms zu fordern:

1. Gänzlicher Bruch mit dem System der terroristischen Politik und Wiederherstellung aller persönlichen Freiheiten.
2. Sofortige Festsetzung des Termins für den Wiederbeginn der Beratungen der Konstituante mit voller Redefreiheit.
3. Die Ueberweisung des Bodens an die Verwaltung des Ackerbaukomitees.
4. Weiterführung der Friedensverhandlungen.
5. Eine schleunige Durchführung des Programms und Uebernahme der Obersten Staatsgewalt durch den Präsidenten der Konstituante Tschernow.

Russische „Demobilisierung".

Aus Berlin meldet Wolffs Bureau:

Der russische Oberkommandierende der West- und Südwestfront, Mjasnikow, hat durch Funkspruch vom 11. Februar folgende Befehle ergehen lassen:

1. Die Demobilisierung der Armee wird schnell vor sich gehen, wobei volle Ruhe und Ordnung bewahrt werden muß. Der heutige Zustand unserer Eisenbahnen fordert, daß wir sparsam mit ihnen umgehen.

2. Zur Durchführung der Demobilisierung sind bei den Truppenteilen besondere Organe mit Komitees und Räten an der Spitze zu bilden. Die Heranziehung bezahlter Arbeitskräfte ist in weitestgehendem Maße erforderlich, worauf ich schon in meinem vorigen Befehle hingewiesen habe.

3. Parallel mit der Demobilisierung muß die Organisierung der Roten Armee gehen. Mehr Agitation, mehr praktisches Handeln in dieser Richtung!

4. Die Komitees, die Räte und die Verwaltungsorgane der Truppenteile müssen bis zur letzten Minute auf ihren Posten bleiben.

Kameraden! Die Erfüllung dieser Bedingungen wird uns ermöglichen, die Folgen des Krieges endgültig zu liquidieren und zu einer gesunden Form des Schutzes von Land und Revolution gegen ihre Feinde überzugehen.

Ein deutscher Protest gegen russische Absichten.

Die russische Regierung hatte die Absicht, alle in Petersburg befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, ausgenommen die Invaliden, angeblich wegen der Ernährungsschwierigkeiten, sofort nach dem Trotzki-Lager im Gouvernement Orenburg abzuschieben. Da die Ausführung dieser Maßregel bei der in Rußland herrschenden allgemeinen Desorganisation eine außerordentlich große Gefahr für die Gefangenen mit sich gebracht hätte, hat die in Petersburg befindliche deutsche Kommission gegen die Transportierung der Gefangenen nach Orenburg den schärfsten Protest erhoben.

Rußlands innere Kämpfe.

Ueber Stockholm wird gemeldet: Die Berichte über die ständig wachsende Spannung zwischen den Bolschewiki-Parteien und den übrigen Sozialisten, die Sozial-Revolutionäre mit einbegriffen, werden bestätigt in dem Nonnieje Utro, das mit Genehmigung dieser in Schutz genommenen Parteien eine Resolution der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht. Darin wird gesagt, daß sie sich infolge der sich von Tag zu Tag mehrenden Unterdrückung genötigt sehen, in der ganzen zivilisierten Welt einen feierlichen Protest gegen alle Gewalttaten zu erheben und die Sozialdemokraten aller Länder davon in Kenntnis zu setzen.

Der gegen die Kadetten begonnene und mit der Verhaftung der hervorragendsten Mitglieder dieser Partei beendigte Feldzug wird nunmehr von den Bolschewiki auch auf andere Parteien ausgedehnt. Wie die Gazeta Polsti aus Moskau nach russischen Blättern zu berichten weiß, wird Lenin demnächst eine Liste der Volksfeinde veröffentlichen lassen. Auf dieser Liste sollen vor allen Dingen die politischen Agitatoren sämtlicher der Bolschewiki-Partei feindlich gesinnten Organisationen, Vereine usw. stehen. Alle diese Agitatoren sollen verhaftet und nach dem Innern Rußlands verschickt werden. Trotzdem die Liste noch nicht veröffentlicht worden ist, haben die Bolschewiki mit den Verhaftungen bereits begonnen. Diese Maßnahmen der Bolschewiki rufen natürlich unter den breiten Massen immer größere Erregung hervor, und allem Anscheine nach wird es wohl in nicht allzu langer Zeit zu einer blutigen Abrechnung mit den Bolschewiki kommen müssen.

Das Institut Smolny hat nunmehr auch einen Erlaß über die Enteignung sämtlicher Maschinen im Lande veröffentlicht. Die bereits eingeführten Maschinen, wie auch diejenigen, die in Zukunft aus dem Auslande bezogen werden, sind als Staatseigentum zu betrachten und werden vom Staate monopolisiert. Die Ackerbaukomitees werden die Verteilung und Zustellung sämtlicher für die Landwirtschaft nötigen Maschinen übernehmen.

Der Krieg zur See.

Berlin, 14. Febr. (Amtlich). 1. Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im Mittelmeer sind noch neu eingegangene Meldungen auch solche im mittleren Teil des Mittelmeeres erzielt worden, durch die im besonderen der Transportverkehr nach Italien betroffen wurde. — Drei Dampfer und drei Segler fielen hier unseren U-Booten zum Opfer. Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten zwei Papiermasse, einer Holz geladen.

2. Am 31. Januar hat eines unserer Unterseeboote die chemische Fabrik Trenella bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

„Keine Geldsumme kann den Schiffswert ersetzen!" Zu diesem Resultat kommt Sir F. Green in der Generalversammlung der Orient Steam Navigation bezüglich zweier versenkter Schiffe, nämlich der Orama und der Otway, beide über je zwölftausend B.-R.-T. groß. Sir F. Green erklärte, daß über den Ersatz dieser Schiffe mit der Regierung verhandelt werde, daß aber keine Entschädigung an Geld den Verlust dieser Schiffe wieder gut machen könne, da sie besonders konstruiert gewesen seien und ihre Zweckmäßigkeit für den Handel bewiesen hätten. Man habe darauf gerechnet, daß diese Schiffe noch viele Jahre hindurch für die Gesellschaft ein wertvolles Kapital darstellen würden. Während des Krieges sei es natürlich unmöglich, derartige Schiffe zu ersetzen, und nach dem Kriege, wie er annehme, würden die Preise noch lange Zeit sehr hoch bleiben. Diese Bemerkungen eines Geschäftsmannes zeigen wieder einmal deutlich, daß der Unterseebootkrieg nicht nur eine Bedrohung Englands im Kriege, sondern auch eine Belastung der gesamten englischen Wirtschaft nach dem Kriege bedeutet.

Das Urteil gegen Bolo-Pascha.

Paris, 14. Februar. (Havas.) Bolo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Prochere wurde zu drei Jahren Gefängnis. Cavallini in contumaciam zum Tode verurteilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180215-12/fragment/page=0002

Die Lage in Finnland.

Einige schwedische Zeitungen erhalten heute Nachrichten, daß zwischen den russischen Soldaten und den Roten Gardisten ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind. Nach Aftonbladet wächst dieser Zwiespalt immer mehr. Nur die Matrosen nehmen freudig am Kampfe teil, während besonders in Tammersfors die russischen Infanteristen Unterhandlungen mit den Schutztruppen einleiteten. Nach einer anderen Meldung ist die Regierung der Roten Kommissare in Helsingfors infolge noch rötterer Opposition gezwungen, sich auf die Behauptung der eigenen Machtstellung einzurichten. Ein Gerücht will wissen, Tokoj habe Friedensunterhandlungen eingeleitet.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Die Rote Garde hat die Männer zwischen 18 und 50 Jahren in den von ihr besetzten Gebieten unter Androhung von Todesstrafe im Falle der Widersetzlichkeit aufgeboten.

Rücktritt des bulgarischen Gesandten in Berlin.

Wien, 14. Februar. Der bulgarische Gesandte in Berlin, Dr. Rizoff, überreichte dem Ministerpräsidenten Radoslawow sein Demissionsgesuch. Rizoff hatte eine Vorrede und eine erläuternden Text zu einem historisch-politischen ethnographischen Atlas der politischen Ansprüche Bulgariens verfaßt, der in Oesterreich-Ungarn allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. In offiziellen bulgarischen Kreisen wurde jede Solidarität mit dem Rizoffschen Standpunkt abgelehnt und sie lediglich als Privatmeinung bezeichnet, worauf Rizoff mit seinem Rücktritt antwortete.

Der Viehbestand in Bayern.

Bei Besprechung einer Reihe von Anträgen über landwirtschaftliche Fragen und Volksernährung in der Abgeordnetenkammer führte der Minister des Innern Dr. von Brettreich u. a. aus:

Unser Rindviehbestand hat sich während des Krieges im großen und ganzen sehr gut erhalten. In der nächsten Zeit werden sich aber die Verhältnisse unseres Viehstandes nicht so günstig gestalten. Die Heeresverwaltung hat außerordentlichen Bedarf an Rauhfutter, so daß wir ohne Zweifel mit der Durchhaltung der Viehbestände Schwierigkeiten bekommen. Wir sind mit unseren Lieferungen für das Heer sehr stark im Rückstande in bezug auf Heu wie auch mit den Rindviehbeständen, bei letzteren um etwa 12 000 Stück, bei den Schweinen um 20 000 Stück. Wir erhalten täglich Telegramme von der Reichsfleischstelle, daß wir den Lieferungen nachkommen sollen, sonst würden uns ernste Maßnahmen in Aussicht gestellt.

Ich muß auch warnen vor einer Ueberschätzung der Kartoffelbestände. Auch unsere Brotgetreidevorräte sind nicht so, daß wir absolut damit rechnen können, daß wir nicht eine Ermäßigung der Rationen vornehmen müssen, wenn auch durch den Friedensschluß mit der Ukraine die Aussichten vielleicht besser geworden sind.

Wegen der Zukunft unserer Viehzucht habe ich keine großen Bedenken. Es wird wohl einige Jahre dauern, bis wir damit wieder in die Höhe kommen. Bei den Schweinen geht es ziemlich rasch. Die Regierung wird ihr möglichstes tun, um den Viehbestand wieder in die Höhe zu bringen. Es kann keine Rede davon sein, daß das Durchhalten nicht möglich ist. Ich glaube auch, daß wir sogar um eine Ermäßigung der Fleischration herumkommen und daß, wenn es notwendig werden sollte, andere Nahrungsmittel zum Ausgleich zur Verfügung stehen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein neues Lügenblatt.

In Berlin hat sich ein „Arbeiterschutzbund" gebildet, der, wie aus einem von ihm veröffentlichten Aufrufe hervorgeht, am 30. Januar 1918 „nach dreijähriger Vorarbeit" seine öffentliche Tätigkeit aufgenommen hat. Welcher Art diese „Vorarbeit" gewesen ist und welcher Art die „öffentliche Tätigkeit" sein wird, ersieht man aus dem Blättchen des Bundes, das sich „Arbeiterschutz-Zeitung" nennt. Auf den Inhalt in seiner Allgemeinheit brauchen wir nicht einzugehen. Er stellt sich als eine Reihe von Beschimpfungen der Arbeiterbewegung dar, die in ihrer Albernheit und Plumpheit das meiste von dem vielen Übertrifft, das auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geleistet worden ist. Der arme Schächer, der verurteilt ist, den in diesem Blättchen aufgehäuften Schmutz auf seine Kappe zu nehmen, nennt sich „W. Freund-Berlin". Zu seinem Glücke erfreut er sich in der Berliner Arbeiterschaft und auch in den weitesten Kreisen der Leute von der Feder des möglichsten Unbekanntheins.

Ein besonderer Umstand stellt uns vor die Notwendigkeit, uns mit dem übelduftenden Gewächs zu beschäftigen. In einem Artikel „Das Ende vom Liede", der sich mit der letzten politischen Streikbewegung beschäftigt, und der nach berühmten Mustern den Zweck verfolgt, der Sozialdemokratie die Verantwortung für den Streik aufzuladen, wird diese Behauptung aufgestellt:

Am Donnerstag, den 24. Januar, nach der Reichstagsausschußsitzung, traten im Reichstage die beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam zusammen, das erste Mal seit ihrer Trennung, und beschlossen einmütig, den Streik zu fördern und in die Hand zu nehmen.

Um die Berührung mit dem Urheber dieser Behauptung möglichst abzukürzen, stellen wir in aller Kürze fest: Diese Behauptung ist von dem ersten bis zum letzten Buchstaben erlogen. Es hat weder die geschilderte noch eine ähnliche Zusammenkunft stattgefunden. Am 24. Januar ist überhaupt keine Besprechung gewesen.

•

Einer, der die Konsequenzen zog.

Unserem Münchner Parteiblatt schreibt ein bayrischer Jurist:

„Zumeist wird man in seine Partei hineingeboren. Meine Wiege stand an der Grenze der demokratisch-freisinnigen Partei. Dann kam der Weltkrieg. Die deutschen Sozialdemokraten waren keine ‚vaterlandslosen Gesellen' und nahmen die Flinte auf den Rücken zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den Ueberfall feindlicher Horden und zur Rettung des heimischen Herdes vor Kosakentum und Zarismus. Ludwig Frank fiel als rechter Flügelmann. Man frug sich: wird Preußen jetzt das allgemeine, gleiche Wahlrecht einführen? Dann erfolgte die Marne-Schlacht und der Krieg kam ganz anders, als sich die Häseler und Tirpitze fünfzig Jahre lang ausgerechnet hatten. Die deutsche Sozialdemokratie tat wieder ihre Schuldigkeit mit Gut und Blut und so fiel das Wort von den ‚samosen Kerlen'. Der Krieg dauerte fort. Menschen sind Menschen. Die ‚Unabhängigen' verloren die Geduld und splitterten sich ab. Die Reichsschulden schwollen an wie die Wogen der Sturmflut. Die Kapitalistenklasse begann angesichts der drohenden Steuerlasten für ihren Besitz zu zittern. Das hätte ihnen freilich gepaßt: in sechs bis zehn Monaten Krieg Hunderttausende oder Millionen zu verdienen und dann sich von den Steuern zu drücken! Das Schicksal hat den Herren nicht den Gefallen erwiesen und der Kapitalismus ist durch seine eigene Gier und Schuld ins Wanken gekommen wie noch nie. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich von Grund aus verschoben. Die Politik beruht in erster Linie auf dem Wirtschaftsleben. Aendert sich dieses, so wird der vernünftig denkende Mensch auch seine politischen Ansichten ändern. Das ist keine Untreue gegen die frühere Partei, so lange diese selbst nicht ihre Grundsätze umformt. Das kann aber eine politische Partei ihrem Wesen nach nicht tun, weil sie damit sich selbst aufgibt. Die Begriffe des Liberalismus von der Freiheit des Wirtschaftslebens passen auf die gegenwärtige und eine lange Uebergangszeit wie die Faust aufs Auge. Daher die neuerliche Loslösung von Hunterttausenden früherer Anhänger nichtsozialdemokratischer Parteien von ihrer alten politischen Fahne und die zum mindesten gefühlsmäßige Schwenkung zum sozialistischen Banner! Die deutsche sozialdemokratische Partei ist keine reine Arbeiterpartei mehr. Die durch den Krieg erfolgte rapide Proletarisierung weiter Volksschichten sowie viele geistige Ursachen haben der Sozialdemokratie ungezählte neue Anhänger zugeführt, die sich mit der klassischen Rede Scheidemanns auf dem Würzburger Parteitag solidarisch erklären. Diese haben aber auch die politische Pflicht, offen zur sozialdemokratischen Partei und deren Organisation sich zu bekennen und keine Gelder mehr in andere Parteikassen zu zahlen. Millionen von Menschen im Felde und in der Heimat erhoffen von der deutschen und internationalen Sozialdemokratie die endliche Rettung aus diesem unsäglichen Elende. Wollen wir alle ihr dabei helfen!"

•

Ueber die sozialpolitischen Gesetzentwürfe,

die demnächst dem Reichstag zugehen sollen, macht die Soziale Praxis folgende Mitteilungen: Der vom Reichskanzler am 29. November im Reichstag angekündigte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern ist im Reichswirtschaftsamt fertiggestellt und entspricht dem Vernehmen nach weitgehenden Erwartungen. Insbesondere erfährt das Einigungswesen eine Ausgestaltung und Festigung. Eine Vorlage über besondere Kaufmannskammern soll folgen. Weiter wird geplant, die im Hilfsdienst geschaffene Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in Großbetrieben durch eine Novelle zur Gewerbeordnung dauernd zu sichern. Die ebenfalls vom Reichskanzler am 29. November versprochene Besetzung derjenigen Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die sich aus § 153 der Gewerbeordnung ergeben, sollen den Reichstag auch demnächst beschäftigen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, den 14. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Engländer und Franzosen setzten an vielen Stellen der Front ihre Erkundungen fort. Nördlich von Lens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen. In einem vorspringenden Teil unserer Stellung südöstlich von Tahure haben sich die Franzosen festgesetzt.

Eigene Infanterie brachte in Flandern und auf den Maas-Höhen Gefangene ein.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Die Randvölker Russlands nach ethnographischen Gesichtspunkten

Ueber die sozialpolitischen Gesetzentwürfe,

die demnächst dem Reichstag zugehen sollen, macht die Soziale Praxis folgende Mitteilungen: Der vom Reichskanzler am 29. November im Reichstag angekündigte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern ist im Reichswirtschaftsamt fertiggestellt und entspricht dem Vernehmen nach weitgehenden Erwartungen. Insbesondere erfährt das Einigungswesen eine Ausgestaltung und Festigung. Eine Vorlage über besondere Kaufmannskammern soll folgen. Weiter wird geplant, die im Hilfsdienst geschaffene Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in Großbetrieben durch eine Novelle zur Gewerbeordnung dauernd zu sichern. Die ebenfalls vom Reichskanzler am 29. November versprochene Beseitigung derjenigen Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die sich aus § 153 der Gewerbeordnung ergeben, sollen den Reichstag auch demnächst beschäftigen.

Gewerkschaftliches.

Unabhängige Verdrehungen.

Der Grundstein, das Organ des Bauarbeiterverbandes, sieht sich veranlaßt, wieder einmal eine Verdrehung der Leipziger Volkszeitung aufzudecken. Dem Bauarbeiter-Führer Winnig hatte die L. V. unterschoben, er sei flipp und klar für eine Herabsetzung der Löhne eingetreten, damit die deutsche Industrie so schnell wie möglich ihre frühere glänzende Stellung auf dem Weltmarkt zurückerobere. In Wahrheit hatte Winnig gerade umgekehrt geschrieben, daß die Arbeiter zwar im Interesse ihrer Lohnpolitik raschesten Wiederaufbau der deutschen Industrie wünschen müßten, daß dies aber nicht auf Kosten des Arbeitslohnes geschehen dürfe, sondern nichts anderes übrig bleibe, als der Uebergang zu rationelleren Betriebsmethoden. Diese Verdrehung der L. V. nennt der Grundstein eine Kampfesweise, die jeden anständigen Menschen anwidern müsse.

•

Eine Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände

fand am 1. Februar in Berlin statt. Die Konferenz nahm den Bericht der Generalkommission über ihre Stellung zu den Streiks entgegen und bekundete mit allen gegen zwei Stimmen ihr Einverständnis mit der von der Generalkommission beobachteten Neutralität in diesen politischen, nicht gewerkschaftlichen Bewegründen entspringenden Arbeitseinstellungen. Nach eingehender Debatte nahm die Konferenz mit allen gegen vier Stimmen eine Resolution an, in der sie ihre Auffassung von den Ursachen des Streiks präzisierte. Wir sind aber, erklärt das Korrespondenzblatt der Generalkommission, zur Zeit außerstande, unseren Lesern den Wortlaut dieser Resolution mitzuteilen.

•

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Am 7. und 8. Februar 1918 haben im Reichswirtschaftsamt unter Leitung des Geh. Oberregierungsrats Siefart Verhandlungen zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeber-Verbände im Malergewerbe und dem Bund deutscher Dekorationsmaler einerseits und dem Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Maler und verwandten Berufsangehöriger Deutschlands und dem Gewerkverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands (Hirsch-Duncker) anderseits stattgefunden. Nach der getroffenen Vereinbarung werden der Reichstarifvertrag für das Malergewerbe und die übrigen Abkommen zwischen den genannten Verbänden unverändert bis zum 15. Februar 1919 verlängert. Die Gehilfen erhalten vom 15. März 1918 an eine neue (dritte) Teuerungszulage, die in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pf., im übrigen 10 Pf. für die Arbeitsstunde beträgt. Auf diese Zulage werden die seit dem 1. Oktober 1917 vereinbarten Sonderzulagen angerechnet. Am 1. Juni 1918 tritt eine weitere allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen um 5 Pf. ein. Verhandlungen zwischen den Gehilfenverbänden und dem Westdeutschen Malerverband stehen unmittelbar bevor und sollen gleichfalls im Reichswirtschaftsamt stattfinden. Die Vereinbarungen bedürfen noch der Genehmigung der zuständigen Verbandsinstanzen.

Vermischtes.

Die kriegsblinde Gemse. Auch die Tiermelt bleibt vom Krieg nicht verschont. Nicht nur, daß sie auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz oft verseucht oder ganz vernichtet wird, sie ist auch der Einschleppung von Krankheiten ausgesetzt. Höchst merkwürdig aber und scheinbar unerklärlich ist eine Epidemie, die unter den Gemsen in Oberbayern und den benachbarten österreichischen Alpen ausgebrochen ist und von Amtstierarzt Dr. Stroh im Deutschen Jäger gleichfalls auf eine Kriegswirkung zurückgeführt wird. Sie äußert sich in einer Augenkrankheit, die oft mit gänzlicher Erblindung endet. Es läßt sich kaum etwas jämmerliches vorstellen als eine blinde Gemse, dies freie, auf unbeschränktes Bewegungsvermögen angewiesene Tier des Hochgebirges, dessen Leben dauernd von der Sicherheit des Auges abhängt. Die von der Krankheit befallenen Gemsen gehen dann in der Regel auch bald zugrunde. Wahrscheinlich ist die Krankheit durch Ziegen oder Schafe eingeschleppt und auf die Gemse übertragen worden.

Die Heilung leckgewordener Schiffe. Unter den Bestrebungen, der U-Boot-Gefahr Herr zu werden, nehmen bei der Entente auch die Vorschläge der Erfinder einen großen Raum ein. Am meisten betätigen sich darin naturgemäß die Engländer, die es am nächsten angeht, und ihre amerikanischen Bundesgenossen, die, wie sie wenigstens selbst meinen, von allen Völkern der Erde mit dem größten Erfindergenie gesegnet sind. Die Hoffnungen, die U-Boote selbst zu bekämpfen oder ihre Waffe unwirksam zu machen, sind bisher nicht erfüllt worden. Insbesondere bleibt das unversenkbare Schiff immer noch ein Zukunftstraum, obgleich es schon mehrmals das Licht der Welt erblickt haben sollte. Auch darin ist man in England bescheidener geworden und wäre jetzt schon zufrieden, wenn man ein Heilverfahren wüßte, das die Rettung eines leckgewordenen Schiffs mit der nötigen Schnelligkeit und Sicherheit gestattete. Das soll nach einer Mitteilung der Umschau einem englischen Reeder gelungen sein. Für die Ausbesserung kleiner Lecks stehen Mittel älterer Erfahrung hinreichend zur Verfügung, aber hier handelt es sich darum, große Löcher in der Schiffswand oder im Schiffsboden, wie sie durch die Explosion von Torpedos oder Minen oder durch Schiffszusammenstöße entstehen, soweit unschädlich zu machen, daß der Untergang des Schiffs mit all seinen Folgen für Ladung und Besatzung vermieden werden kann. Gegen die Verletzungen durch Minen und Torpedos dürfte freilich kein Kraut gewachsen sein, wenn die Explosion wirklich gelesen hat, aber auch die Schiffszusammenstöße sind besonders durch das Fahren bei Nacht mit abgeblendeten Lichtern so häufig geworden, daß auch ihre Verhütung oder Unschädlichmachung ein bedeutender Erfolg wäre. Der englische Erfinder will nun ein nicht zu großes Leck mit einer Art von Holzjalousie verschließen, die im Schiffsraum schnell zur Hand ist, wie ein Gürtel aufgerollt, und mit einer gepolsterten Seite gegen die Schiffswand gepreßt werden kann. Es soll dadurch soweit ein Verschluß erzielt werden, daß die Schiffspumpen dann das übrige besorgen können.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 15. Februar 1918.

Möbelbeschaffungen in Halle. Zu diesem Artikel in heutiger Nummer ist noch nachzutragen, daß der Stadtv. Weschke als Referent recht warmherzig dafür eintrat, ebenso Stadtv. Balke, der besonders darum bat, der Magistrat möge auf die Erreichung guter Möbel dringen. Vom Magistratstisch wurde mitgeteilt, daß die Handwerker- und Kunstgewerbeschule bereits Entwürfe für solche Möbel anfertigte. Genosse Gehrig begrüßte ebenfalls die Vorlage, meinte aber, daß zur besseren Beseitigung der Möbelnot die reichen Leute von ihren Einrichtungen für viele Zimmer einen Teil abgeben sollten. Hiernach wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Dörrgemüse. Am Sonnabend auf Marke 136 des Warenbezugscheins 13 jede Person 60 g zum Preise von 30 Pfg. bei denjenigen Händlern, wo die Haushaltungen in die Kundenlisten eingetragen sind.

Seefische. Sonnabend früh in den einschlägigen Geschäften auf Abschnitt 142 des Warenbezugsscheins 13 jede Person etwa ½ Pfund auf die Nummern 38 501—52 500.

Eier. Sonnabend, vormittag 8½—1 Uhr Nr. 46 501—49 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180215-12/fragment/page=0003

Sonntag, den 17. Februar 1918, vormittags 11½ Uhr
im Walhalla-Theater
Oeffentliche
Volksversammlung

Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Karl Legien,**
Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
über

Was das deutsche Volk erstrebt.

Eintritt 10 Pf. Karten sind im Verlag der Volksstimme sowie Sonntag von 10½ Uhr im Walhalla-Theater zu haben.
Die Leitung der Versammlung liegt in den Händen der Einberufer.

Der sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis.
J. A.: Ad. Thiele, Vorsitzender.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Freitag, den 15., Sonnabend, den 16. und Montag, den 18. Februar 1918,** bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, am 14. Februar 1918.

Der Magistrat.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Magistrats folgendes verordnet:

§ 1.

Nachstehendes Gelände, welches seither der Bauzone III a zugeteilt war, wird nunmehr der Bauzone III e zugeteilt:

a) das Gelände östlich der Straße Neuwerk von der Pfälzerbrücke bis zur Straße A auf 30 m Tiefe,
b) das Gelände westlich der Straße Neuwerk bis zum Mühlgraben und zwar von der Pfälzerbrücke bis zur Zentschstraße,
c) das Gelände südlich der Straße A zwischen den Straßen Neuwerk und am Kirchtor auf 30 m Tiefe,
d) das Gelände, welches von den Straßen Neuwerk, A und B eingeschlossen wird,
e) das Gelände, welches von den Straßen Neuwerk, am Kirchtor und B eingeschlossen wird.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft.

Halle, am 11. Februar 1918.

Die Polizeiverwaltung. Rive.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 16. Februar 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr	Nr.	1851—1900,	um 12 Uhr	Nr.	2151—2250,
„ 9 „	„	1901—1950,	„ 1½ „	„	2251—2350,
„ 10 „	„	1951—2050,	„ 2½ „	„	2351—2450.
„ 11 „	„	2051—2150,			

Halle, am 14. Februar 1918.

Der Magistrat.

Ein Waggon
preiswert erstandene [884
Emaillewaren
etwas beschädigt, bringe ich
sehr billig zum Verkauf:

Schmortöpfe	Eimer	Waschbecken
Kochtöpfe	Essenträger	Wannen
Ringtöpfe	Reibeisen	Wasserkessel
Schüsselkörbe	Kaffeekannen	Nachtgeschirre

Steinweg 45, **Sobel** Reilstraße 1.
Ammendorf, Bahnhofstr. 1.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau.
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Feine Herren- u. Knaben-Kleidung

Gute haltbare Stoffe, gediegene Verarbeitung und Ausführung. Mäßige Preise.

Paletots für Herren und Jünglinge [863
75.— und höher.

Anzüge für Herren und Jünglinge
36.— und höher.

Konfirmanden- und Prüfungs-Anzüge, blau, schwarz, marengo und farbig, in guten Stoffen.

Berufs-Kleidung für Lehrlinge.
Sämtliche Herren-Artikel für Konfirmanden.

S. WEISS
Leipziger Straße 105/06, am Markt.

Ab Freitag! Ab Freitag!

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. | **U.T** | **Leipziger Straße 88** Fernruf 1224.

Der Sultan von Johore
Spannendes Filmwerk in 5 Akten.
Viggo Larsen in
Die Kunst zu heiraten
Possen-Spiel in 3 Akten.

Waldemar Psilander in
Der Tote am Steuer
881] Drama in 3 Akten.
Die Nichte aus Amerika
Lustspiel in 3 Akten.

Alt-Papier
sowie **Geschäftsbücher** zum Einstampfen kauft stets
A. Samuel,
835] Alter Markt 7. — Tel.-Nr. 5592.

Thalia-Säle. [886
Sonnabend, 16. Februar 1918, abends 8 Uhr:
Wohltätigkeits-Konzert
zugunsten des Hinterbliebenenfonds gefallener Unteroffiziere und Mannschaften des Füsilier-Regiments Nr. 38, ausgeführt von Mitgliedern des Halleschen Stadttheaters.
Eintrittskarten zum Preise von 3, 2, 1.50 und 1 M. sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hopfen.

Alte, abgespielte auch 511] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 7,30 bis 8,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Als Schneidermeister empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimfath & Sohn, Steg 19.

Gute Schlafstellen
für Fabrikarbeiterinnen sind zu melden an die Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg, Poststr. 16, Zimmer Nr. 14. Vermittlung kostenlos.

Stadt-Theater
Sonnabend, den 16. Febr.
Anfang 7,30 Uhr Ende vor 10 Uhr
La serva padrona.
Komische Oper.
Hierauf:
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel von Kleist.
Sonntag nachmittag: Die Försterchristl, abends: Die toten Augen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180215-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 39. Halle, Freitag den 15. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. Februar 1918.

Möbelbeschaffung in Halle.

Der Magistrat hatte der gestrigen Stadtverordnetensitzung den Antrag unterbreitet, seinem Beschluß beizutreten, wonach die Stadt Halle: 1. sich an einer noch zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft (G. m. b. H.) mit 20 000 M. Stammeinlage beteiligt, die die Beschaffung einfacher Wohnungsgegenstände für Minderbemittelte zur Aufgabe hat; 2. dieser Gesellschaft einen Kredit bis zu 150 000 Mark gewährt, die dem Kriegsfonds zu entnehmen sind.

Damit war vom Magistrat die Initiative dazu ausgegangen, endlich auch Halle den kommunalen Bestrebungen zur Beschaffung billiger Wohnungseinrichtungen beitreten zu lassen, die — wie unsere wiederholten Veröffentlichungen darüber beweisen — bereits von einer großen Anzahl Städte aufgegriffen worden sind. Und das verdiente alle Unterstützung, denn auf dem Gebiete der Hausratbeschaffung ist durch den Krieg ein derartiger Notstand eingetreten, daß jeder Kundige nur mit größter Sorge in die Zukunft sehen kann.

Zunächst hat der Mangel an Rohmaterialien aller Art, an Arbeitskräften usw. zur äußersten Einschränkung in der Fabrikation von neuen Möbeln geführt. Für gebrauchte Möbel, die natürlich auch nur knapp sind, werden aber derart übertriebene Preise gefordert, daß es den Minderbemittelten unmöglich wird, sich auch nur das Notwendigste an Möbelstücken insbesondere für die erste Eheeinrichtung zu beschaffen, wenn sie sich nicht in drückende Schulden stürzen wollen, aus denen sie aus eigener Kraft nicht wieder herauszukommen vermögen.

Hier helfend einzutreten, war für die Stadt zur Notwendigkeit geworden, vor allem aber zu einer Ehrenpflicht gegenüber den Kriegsgetrauten, denen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die Möglichkeit geboten werden muß, ihren Hausstand zu gründen — und deren Zahl ist voraussichtlich auch für Halle nicht gering. Nach der Feststellung des statistischen Amts haben bis Ende 1917 1520 Kriegstrauungen ohne eigene Wohnung stattgefunden. Rechnet man nun auch von dieser Ziffer eine erhebliche Zahl auf bemittelte Kriegsgetraute ab, ferner auf Fälle, in denen der Mann vor dem Kriege bereits seinen Wohnsitz außerhalb Halles besaß und in denen der Tod inzwischen die Ehe wieder gelöst hat, so wird doch unter Berücksichtigung wiederum des Zuzugs von auswärts immer noch mit einer Zahl von etwa 800 Ehepaaren gerechnet werden müssen, die nach Beendigung des Krieges in Halle ihren ersten Wohnsitz nehmen und den Wunsch haben werden, hier die Einrichtungsgegenstände für ihren Hausstand zu Preisen zu kaufen, die für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse erschwinglich sind.

Zum Zwecke der Hilfeleistung soll in ähnlicher Weise, wie es bei der Gründung der Altkleiderverwertungsstelle geschehen ist, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gemeinnützigem Charakter ins Leben gerufen werden. Diese Form hat der Magistrat deshalb gewählt, weil es sich im Interesse der Beteiligten selbst empfiehlt, das nach kaufmännischen Grundsätzen zu leitende Unternehmen in die geschäftsgewandten Hände Sachkundiger zu legen. Aufgabe der Gesellschaft soll es sein, dem Notstand dadurch abzuhelfen, daß sie durch Herantreten an die opferbereite Bürgerschaft für die Sammlung und Bewirtschaftung gebrauchter Möbel insbesondere aber auch für die Herstellung einfacher neuer Möbel nach geschmackvollen Entwürfen und für die Abgabe zu möglichst günstigen Bedingungen Sorge trägt. Die Herstellung neuer Möbel soll nur im Rahmen des für die erste Eheeinrichtung Notwendigsten erfolgen und sich etwa auf Küchen- und Schlafzimmereinrichtung, unter Umständen vielleicht auch auf die Einrichtung einer Wohnstube beschränken. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird der Gesellschaft möglich sein, weil sie als gemeinnütziges Unternehmen ohne Gewinnbeteiligung für ihre Gesellschafter arbeitet, und weil ihr der Einfluß und die tätige sowie finanzielle Mithilfe der Stadt mit ihren Organen zur Seite steht. Diesen Gesichtspunkten ist natürlich auch in den Bestimmungen des Entwurfs zu einem Gesellschaftsvertrage und des mit der Gesellschaft abzuschließenden Kreditvertrages Rechnung getragen worden.

Das Stammkapital der Gesellschaft wird, da für die erste Herstellung etwa 100 Möbelausstattungen für Küche und Schlafstube in Auftrag zu geben sein werden, keinesfalls unter 120 000 M. anzunehmen sein. Daneben ist der Gesellschaft, um ihr das nötige Betriebskapital sicherzustellen, ein Kredit bis zur Höhe von 150 000 Mark von der Stadt zu gewähren. Die Gesellschafter sollen von der Stadt in gleicher Weise wie bei der Altkleiderverwertungsstelle lediglich eine fünfprozentige Verzinsung ihrer Stammeinlagen verbürgt erhalten und gegen den Kapitalverlust geschützt werden. Der Zweck und die finanzielle Beteiligung der Stadt bedingen die Sicherstellung ihres Einflusses auf den Gang des Unternehmens, was dadurch erreicht werden soll, daß zwei Mitglieder des Aufsichtsrats vom Magistrat ernannt werden, die Stadt mit einer Einlage von 20 000 M., also mit mehr als ein Zehntel des Stammkapitals (§ 51 Ges. v. 20. April 1892) dem Unternehmen als Gesellschafter beitritt, und daß Aenderungen an den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages von der Genehmigung des Magistrats abhängig sind.

Ein zweites Stadttheater.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung hatte sich auch mit dem bereits mitgeteilten Antrage des Magistrats zu befassen: ein kleineres städtisches Theater für modernes Schauspiel sowie klassische Oper zu errichten und zur Beschaffung der hierfür erforderlichen Mittel einen Fonds anzulegen, dem erstmalig der städtische Gewinnanteil am Stadttheater aus der Winterspielzeit 1916/17 und aus der Sommerspielzeit 1917 in Höhe von insgesamt 43 000 M. überwiesen wird, wobei auch die Zinsen davon diesem Fonds zufließen.

Zur Begründung hierfür gab der Magistrat folgendes an:

„Die Stadt Halle verfügt ungeachtet ihrer Einwohnerzahl und des regen Kunstsinnes ihrer Bürger, soweit Theater als reine Kunstschöpfungen in Betracht kommen, nur über ein einziges, das Stadttheater. In früheren Zeiten bestand hier mit gutem Erfolge noch das Neue Theater in der Großen Ulrichstraße (Mauthner), seit dessen Eingang sich eine erhebliche Lücke im Theaterleben der Stadt bemerkbar macht. Gerade ein Theater ähnlicher Art fehlt der Stadt, und diesen Mangel zu beseitigen, erachten wir als eine wichtige Kulturaufgabe der Gegenwart und eine Pflicht der städtischen Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft, nicht minder aber auch für einen beträchtlichen Vorteil unseres Stadttheaters selbst.

Gedacht wird hierbei an ein kleines, sogen. intimes Theater für etwa 300 bis 400 Personen mit einem Parterre und allenfalls einem erhöhten Rang und mit einer mäßig großen Bühne und einfachen Bühneneinrichtungen. Der Betrieb eines solchen Theaters in Verbindung mit dem des Stadttheaters eröffnet Fortschritte und Vorteile mannigfacher Art.

Die Aufführung moderner Schauspiele und klassischer Spielopern findet in einem derartigen Theater den entsprechenden Rahmen. In einem großen Hause wie dem Stadttheater leiden diese Werke sowohl durch das Bühnenbild, das den Abmessungen der großen Bühne angepaßt und auf intime Wirkungen verzichten muß, wie durch die Klangwirkung, da der große Zuschauerraum die feinsten Abtönungen der Sprache und des Gesanges verschlingt und daher mit stärkeren Mitteln behandelt werden muß.

Mit diesem Gewinn für die betreffenden Bühnenwerke und ihre Darstellung verbindet sich ein Fortschritt für die im Stadttheater zu bietende Kunst.

Das Stadttheater hat ein Opern- und ein Schauspiel-Personal. Für künstlerisch hochstehende Leistungen beider ist die Probenarbeit auf der Bühne Grundbedingung. Im Gegensatz zu anderen Theatern wird hier darauf gehalten, daß auch das Schauspielpersonal in der Angahl seiner Hauptbühnenproben der weit anspruchsvolleren Oper gegenüber nicht benachteiligt wird. Dabei ist es unvermeidlich, daß eine der beiden Kunstgattungen sich mit dem Hilfsmittel der Probebühne jeweilig behelfen muß und die künstlerische Probenarbeit nur in unvollkommener Weise verrichten kann. Hierin liegt ein bedauerlicher Nachteil für Kunstwerk und Kunstleistung. Ihn würde der gleichzeitige Betrieb eines zweiten Theaters beseitigen. Jede Kunstgattung könnte täglich auf der Bühne selbst das vorzubereitende Werk gründlich einstudieren, und bei der gleichen Zahl der Einstudierungen würde die doppelte Anzahl von Bühnenproben gewonnen werden. Die Proben selbst würden technisch leichter herzurichten sein, da der ständige Wechsel von Opernproben, Opernaufführungen, Schauspielproben und Schauspielaufführungen dauernd zeitraubende Umbauten auf der Bühne erfordert, und dadurch Zeit für die künstlerische Vorbereitung des Werkes verloren geht.

Abgesehen von den künstlerischen und technischen Vorteilen eines städtischen Doppeltheaters ist auch der wirtschaftliche nicht gering anzuschlagen.

Erfahrungsgemäß beträgt die Zahl der Schauspielbesucher kaum ein Viertel der Opernbesucher, — leider! Dieses Mißverhältnis besteht nicht nur in Halle, sondern im ganzen Deutschen Reiche, und es äußert sich in der sachlich ungerechtfertigten Maßnahme, daß überall die Schauspielpreise billiger wie die Opernpreise sind. Im Durchschnitt ist damit zu rechnen, daß auf eine Schauspielaufführung nicht viel mehr als 300 Besucher entfallen — d. h. ein Viertel der verfügbaren Plätze des Stadttheaters — gleichviel, ob in der Woche vier oder im Monat zwei Schauspielaufführungen stattfinden. Umgekehrt können wieder etwa 300 Besucher erwartet werden, wenn allabendlich ein Schauspiel geboten wird.

Stände nun dafür ein kleines Haus zur Verfügung, so würde es regelmäßig gut besucht sein und sich bei den nicht bedeutenden Regiekosten selbst erhalten. Das Stadttheater aber würde voll ausgenützt werden können, da die bisher als Verlusttage zu buchenden Schauspielaufführungen wegfallen würden. Klassische Schauspiele, die einen großen Aufwand erfordern, würden selbstverständlich nach wie vor im Stadttheater aufgeführt werden, während am gleichen Tage im kleinen Theater eine Spieloper zu geben wäre, die sicher ausverkauft sein und etwaige Kassenausfälle des großen Hauses ausgleichen würde. Ueberdies könnte die Möglichkeit einer besseren Vorbereitung und Einrichtung des klassischen Schauspiels im Stadttheater das Interesse des Publikums an ihm heben und Kassenausfälle mindern.

Die geschäftlichen Vorteile würden sonach mit den künstlerischen Hand in Hand gehen.

Außerordentlich würde auch die Beschaffung aller Dekorationen verbilligt werden. Die Raumverhältnisse der kleineren Bühne erfordern einen ungleich geringeren Aufwand aller Materialien (Leinwand, Holz, Metalle, Farben usw.) zur Herstellung künstlerisch wertvoller Bühnenbilder. Die Ausnutzung der neuesten technischen Erfahrung würde das Bühnenhaus so gestalten und einrichten, daß für Lichtverbrauch und technische Arbeitskräfte mit überraschend niedrigen Summen gearbeitet werden könnte. Vornehmlich diese geringen technischen Schwierigkeiten und Kosten würden auch die Möglichkeit schaffen, Erstaufführungen herauszubringen, bei denen auf einen sog. Geschäftserfolg nicht gerechnet werden muß.

Daß das neue Haus auch Gelegenheit für Kammermusik, Konzerte, Vorträge und dergleichen, wofür es in Halle an einem würdigen Raume fehlt, und schließlich für Kongresse bieten würde, sei nebenbei hervorgehoben.

Wie die zunehmende Bevölkerungszahl der Stadt und die Entwicklung der mannigfachen Bildungsinteressen den Ausbau der Schulen und sonstigen Bildungsanstalten nach Zahl und Art erheischt, so drängt sie auch auf die Erweiterung bestehender Theatereinrichtungen, die nach den verschiedenen Richtungen der Kunst, der Technik, des guten Geschmacks und berechtigten Bedürfnisses ausgestaltet werden müssen, wenn nicht auf diesem für die Gesamtkultur unendlich bedeutsamen Gebiete Stillstand eintreten soll. Gerade letzteres in der durch den Kriegseinfluß bedrohten Jetztzeit zu verhindern, ist eine ernste und dringende Pflicht der städtischen Verwaltung, die für die geistige und sittliche Wohlfahrt der Bürger nicht weniger zu sorgen hat wie für ihr wirtschaftliches Gedeihen."

Der Theaterausschuß hat diese Vorlage abgelehnt, der Haushaltsausschuß hat sie angenommen. In der Stadtverordnetensitzung sprachen die Stadtverordneten Herzfeld und Finger dafür, besonders warmherzig Herr Finger, worauf die Vorlage ohne weitere Debatte gegen wenige Stimmen angenommen wurde.

---

* **Städtetag und Kohlenversorgung.** Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hat auf Antrag des Deutschen Städtetags unter Beteiligung des Reichskohlenkommissars eine Abordnung empfangen, bestehend aus den Oberbürgermeistern Dr. Körte (Königsberg), Blüher (Dresden), Matting (Breslau), Siegrist (Karlsruhe) und dem Geschäftsführer des Städtetages Dr. Luther. Sowohl der gegenwärtige Stand der Kohlenversorgung wie auch die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Vorsorge für die spätere Versorgung, besonders durch starke Ausnutzung der mit Verkehrsschwierigkeiten weniger belasteten Frühjahrs- und Sommermonate zur Hereinschaffung von Kohlen in die Städte, waren Gegenstand eingehender Darlegungen der Städtevertreter. Der Staatssekretär erklärte, daß den städtischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll, wobei er wegen der Vorsorge für den nächsten Winter auf die bereits geplanten Maßregeln des Reichskohlenkommissars hinwies.

* **Neben der Fahrpreiserhöhung auch noch den doppelten Fahrpreiszuschlag.** Wie die Nordd. Allgem. Ztg. hört, steht es keineswegs fest, daß die „Ergänzungsgebühr" zu den Fahrpreisen für Schnell- und Eilzüge am 1. April aufgehoben wird. Es werde lediglich von der Gestaltung der dringend erforderlichen Verkehrseinschränkung abhängen, wann diese Maßnahme beseitigt werden könne.

* **Zur Lohnbewegung der Gastwirtsgehilfen.** Die Forderungen der Kellner und Gastwirtsgehilfen, die in einer neulich abgehaltenen Versammlung festgelegt wurden, sind von den Unternehmern abgelehnt worden. Der Verein der Saalbesitzer und der Wirtevereine haben beschlossen, auf den neuen Lohntarif (12 v. H. vom Umsatz, bei Beschäftigung von Nachmittags an ein Abendbrot usw.) nicht einzugehen. Es liege die Unmöglichkeit vor, solche Löhne zu bezahlen. Die Kellner und Gastwirtsgehilfen wollen aber alles daransetzen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Sie führen z. B. an, daß ein bekanntes Chokolad in Halle an einem der letzten Tage 1600 M. Kuchenkasse und 800 M. Bierkasse ohne die andern Einnahmen gemacht habe. Aber gerade dieser Unternehmer stehe auf dem althergebrachten Herrenstandpunkt, den gesamten Verdienst, den ihm seine Kellner im Schweiße ihres Angesichts miterworben haben, allein in die Tasche zu stecken. (Uns interessiert auch, wo der Mann bei der Rationierung der Lebensmittel so viel Eier waren auftreibt! Die Red.) Die Kellner wollen jetzt ernstlich mit dem alten Uebelstand, überhaupt keinen, oder nur ganz wenig Lohn zu

---

Das Abenteuer der Neujahrsnacht.

8] Novelle von Heinrich Zschokke.

„Mein Prinz, ich weiß, welche Achtung ich Ihren Worten schuldig bin. Der König mit seiner erlauchten Familie ist das Volk, dem ich diene; das, was man Volk nennt, kann in keine Betrachtung kommen. Das Land ist des Königs Eigentum. Völker sind nur insofern achtbar, als sie, gleich andern Nullen, die der Hauptzahl folgen, den Wert derselben vergrößern. Aber es ist hier nicht der Augenblick, den abgedroschnen Wortkram über den Wert der Völker zu erneuern; sondern ich bitte um gnädigsten Entscheid, ob ich die Ehre haben soll, Ihre Schulden auf die bewußte Weise zu beseitigen?"

„Antwort: nein, nein und nimmermehr auf Unkosten von hunderttausend und mehr armen Familien."

„Königliche Hoheit, es geht ja nur auf Rechnung des Hauses Abraham Levi. Und wenn ich dies Haus nötige, Ihnen noch zu den Quittungen Ihrer Schulden fünfzigtausend Gulden bar zuzulegen? Ich denke, es läßt sich machen. Das Haus gewinnt durch die einzige Operation so viel, daß —"

„Vermutlich auch für Sie, Herr Graf, noch ein artiges Trinkgeld herauskommt."

„Ihre königliche Hoheit belieben zu scherzen. Ich gewinne dabei nichts. Ich brenne nur vor Begierde, Ihre Huld wieder zu erhalten."

„Sie sind sehr gütig."

„Also darf ich hoffen, mein Prinz?"

„Herr Graf, ich werde tun, was recht ist; tun Sie Ihre Pflicht."

„Meine Pflicht ist, Ihnen zu dienen. Morgen lasse ich den Levi berufen, schließe den Handel mit ihm ab, und habe die Ehre, Ihrer königlichen Hoheit die besagten Quittungen zu überreichen, nebst Anweisung auf fünfzigtausend Gulden."

„Gehen Sie, ich mag davon nicht hören."

„Und Ihre königliche Hoheit wenden mir Ihre Gnade wieder zu? Denn ohne im Ministerium zu stehen, könnte ich dem Abraham Levi unmöglich —"

„Ich wollte, Sie und Ihr Ministerium und Ihr Abraham Levi säßen alle drei auf dem Blocksberg. Das sag' ich Ihnen, entfteht eine Kornsperre, läßt die Teuerung der Lebensmittel nicht auf der Stelle nach, verkauft Ihr Judenbuns nicht das aufgespeicherte Getreide sogleich um den Ankaufspreis; so gehe ich ohne weiteres zum König, decke ihm alle Schelmereien auf, und helfe Sie samt den Abraham Levi aus dem Lande jagen. Verlassen Sie sich darauf; ich halte Wort."

Philipp drehte sich um, ging in den Tanzsaal und ließ den Finanzminister ganz versteinert hingepflanzt stehen.

7.

„Wann befehlen Ihre königliche Hoheit, daß der Wagen vorfahren soll?" flüsterte ihm eine Stimme zu, als er durch die Masken im Saal entlang ging. Es war ein dicker, holländischer Kaufmann mit einer Stutzperücke, der die Worte an ihn richtete.

„Ich fahre nicht."

„Es ist halb zwölf Uhr vorbei, Prinz. Die schöne Sängerin erwartet Sie. Sie hat lange Weile."

„So mag sie sich etwas singen."

„Wie, Prinz, hätten Sie Ihren Sinn geändert? — Die reizende Rollina wollten Sie im Stich lassen? — Den goldenen Augenblick verlieren, nach dem Sie seit zwei Monaten vergebens seufzten? — Ihr Billett, das Sie diesen Morgen durch mich an Signora Rollina mit der Brillanten-Uhr schickten, hat dieses Wunder. Die stolze Spröde ergibt sich. Sie waren den Mittag noch so hoch entzückt, und nun mit einemmal so kalt wie Eis? Was ist mit Ihnen vorgegangen? Die Verwandlung begreife ich nicht."

„Das gilt mir gleich."

„Sie haben mir aber befohlen, Sie um halb zwölf Uhr zu bedeuten. Hätten Sie andere Engagements?"

„Freilich."

„Etwa ein Souper bei der Gräfin Born? Sie ist nicht am Ball erschienen; wenigstens ist hier unter allen Masken keine Spur von ihr. Ich könnte sie an ihrem Gang und ihrer eigenen Art, das niedliche Köpfchen zu tragen, unter Tausenden unterscheiden. Wie, Prinz?"

„Und wenn es wäre, müßt' ich's Ihnen anvertrauen?"

„Ah, ich verstehe und schweige. Wollen Sie aber der Signora Rollina nicht wenigstens wissen lassen, daß Sie nicht kommen werden?"

„Hat sie mich zwei Monate noch ihr seufzen lassen, so mag sie auch einmal zwei Monate für mich seufzen. Ich gehe nicht."

„Also aus dem prächtigen Halsschmuck, den Sie ihr zum Neujahrsgeschenk bestimmten, wird nun vermutlich auch nichts?"

„Wenn's auf mich ankommt, schwerlich."

„Wollen Sie ganz mit ihr brechen, gnädigster Herr?"

„Ich habe mit ihr noch nicht angebunden."

„Nun denn, Prinz — so darf ich offen sein. So darf ich die Wahrheit sagen, die Sie vielleicht aber schon wissen. Ich vermute es wenigstens aus Ihrer schnellen Sinnesänderung — Nur Ihre Leidenschaft für die Rollina schreckte mich ab, es Ihnen früher zu gestehen. Sie sind betrogen."

„Von wem?"

„Von der listigen Operistin. Sie würden die Gunst derselben mit einem Juden teilen müssen."

„Mit einem Juden?"

„Nu ja, mit dem Sohn des Abraham Levi."

„Ist der Schelm denn überall?"

„Sie wissen also noch nicht? Ich sage Ihnen die heilige Wahrheit. Wären Ihre königliche Hoheit nicht dazwischen gekommen, der Jude würde die feile Schöne öffentlich unterhalten. Es tut mir nur um die Uhr leid."

„Mir nicht."

„Die Metze verdient den Staupbesen."

„Es wird mancher nicht nach Verdienst gewürdigt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180215-12/fragment/page=0005

bekommen, aufraumen. Die Wirte sollen trotz der ablehnenden Antwort nochmals zu einer gemeinsamen Aussprache und Verhandlungen aufgefordert werden. Je nach dem Ergebnis nimmt dann wieder eine Gehilfenversammlung zu dem Stande der Bewegung Stellung.

* **Höhere Kartoffelpreise** hat der landwirtschaftliche Bauernverein des Saalkreises in seiner jetzt abgehaltenen Generalversammlung verlangt. Er beauftragte den Vorstand, bei der Landwirtschaftskammer dahin vorstellig zu werden, daß ein Mindestpreis für Kartoffeln, ausschließlich Frühkartoffeln, schon jetzt auf 6 M. für 50 Kilogramm festgesetzt wird. Zur Begründung hierzu führte der Antragsteller Oekonomierat Hubbe (Kaltenmark) an: Die Landwirtschaft kann nur in ausreichendem Umfang für die Volksernährung mit Kartoffeln sorgen, wenn ein genügend sicherer Preis gewährleistet ist, bevor die Bestellung ausgeführt ist. Alle sonstigen Hilfen können den vermehrten Kartoffelanbau nicht annähernd so sichern, als ein fester Preis vor der Bestellung dies gewährleistet wird. Als unentbehrliche Grundlage der menschlichen Ernährung muß der Kartoffelbau auf das nachdrücklichste gefördert werden. Die grundsätzliche Ausdehnung der Anbaufläche mit Unterstützung der Ausfaatbeschaffung, ohne Sicherung, daß auch nur geeignete Ländereien bepflanzt werden, werden keinesfalls den Erfolg zeitigen, welcher bei der Dringlichkeit für eine Vergrößerung unserer nächsten Kartoffelernten zu erstreben sein muß." Die Versammlung beschloß denn auch nach einer Aussprache über den Gegenstand, an dem Kammerherr v. Bülow, Professor Hollrung u. a. teilnahmen, einen entsprechenden Antrag der Landwirtschaftskammer einzureichen.. Die Herren Kartoffelerzeuger verdienen eben noch immer nicht Geld genug.

* **Verkaufsregelung von Fruchtsäften.** Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen gibt bekannt, daß der Absatz von Fruchtsäften aller Jahrgänge, soweit sie sich im Groß- und Kleinhandel befinden, frei bleibt. Alle anderen Fruchtsäfte dürfen nur mit besonderer Genehmigung der Kriegsgesellschaft verkauft werden. Die Kleinhandelspreise betragen für 1 Kilo bei Brombeer-, Erdbeer-, Preißelbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Stachelbeer- und Heidelbeersirup (40 Teile Muttersaft zu 60 Teilen Zucker) 2.55 M.; bei Himbeer- und Kirschsirup (35 Teile Muttersaft zu 65 Teilen Zucker) 2.45 M. Für den Verkauf in Flaschen, die einen halben bis zwei Liter enthalten, darf ein Aufschlag von 65 Pf. für die Flasche erhoben werden.

* **Ausgabe neuer Grudebezugsscheine.** In der Woche vom 18. bis 23. Februar werden in den zuständigen Brotmarkenausgabestellen neue Grudebezugsscheine ausgegeben. Die Aushändigung erfolgt an denjenigen Tagen, an denen die betreffenden Haushaltungen zum Abholen der Brotmarken berechtigt sind. Der Stamm (mittlerer Teil) des Grudebezugsscheines Nr. 3 gilt als Ausweis zur Empfangnahme des Bezugsscheines Nr. 4. Für die Zeit vom 25. Februar bis 23. März gelten vom Bezugsschein Nr. 4 die Abschnitte 1 bis 8. Die Abschnitte vom Bezugsschein Nr. 3 verlieren mit dem 24. Februar ihre Gültigkeit.

* **Ungültige Fahrscheine der Straßenbahn.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Abrisse aus den gelben Abrißheften der Städtischen Straßenbahn von Sonnabend, den 16. Februar an, als Zahlungsmittel nicht mehr verwendet werden können. Die bis zu diesem Zeitpunkte nicht benutzten Abrisse verlieren ihre Gültigkeit und werden weder zurückgenommen noch umgetauscht.

* **Rationierte Güter sind unpfändbar.** Diese Entscheidung von außerordentlich praktischer Wichtigkeit hat das Landgericht in Magdeburg getroffen. Ein Gerichtsvollzieher hatte bei einer Schuldnerin 15 Zentner Briketts gepfändet. Diese Pfändung wurde durch Beschluß der 3. Zivilkammer des Landgerichts mit der Begründung als unstatthaft bezeichnet, daß anläßlich der zur Rationierung der vorhandenen Vorräte eingeführten Kohlenkarten die Schuldnerin nicht in der Lage sein würde, sich im Verlauf des Winters weitere Feuerungsmittel, als sie jetzt im Besitz habe, zu verschaffen. Hiernach würde eine Pfändung der vorhandenen nur 15 Zentner Briketts bei der Schuldnerin ihr die im § 811 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung vorgesehene Menge von Feuerungsmitteln unwiederbringlich entziehen.

* **Ein neuartiger Schwindel** ist der Landwirtschaftskammer in Halle bekanntgeworden. Für einen seiner Söhne stellt ein Landwirt das Gesuch um Befreiung vom Heeresdienst. Wenige Tage darauf kommt ein Fremder, stellt sich als Kurt Schaper, Bureauassistent der Landwirtschaftskammer, vor, prüft im angeblichen Auftrage der Kammer die Notwendigkeit des Zurückstellungsgesuches nach und verkauft gleichzeitig Saathafer und Rübensamen. Den Preis von 68.50 M. hat der Schwindler gegen Quittung eingesteckt; von der Ware hat der geprellte Landwirt nichts gesehen! — Möchten sich doch alle Landwirte einprägen, daß die wirklichen Beamten der Landwirtschaftskammer amtliche Ausweise bei sich tragen! Man benachrichtige sofort den Gendarmen oder Amtsvorsteher, wenn ein solcher Beamter sich nicht legitimieren kann!

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Freitag, „Die Braut von Messina", Sonnabend „La Serva Padrona", hierauf „Der zerbrochene Krug", Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Die Förster-Christl", Sonntag, abends „Die toten Augen", Montag „Der Waffenschmied".

Thalia-Theater. Am Sonntag findet eine Aufführung von Hermann Bahrs Lustspiel „Das Konzert" statt.

Wohltätigkeitskonzert. In dem am Sonnabend, abend 8 Uhr, in den Thalia-Sälen stattfindenden Wohltätigkeitskonzert wird Meta Touchy Lieder von Rabl und Othegraven singen. Henriette Böhmer bringt Arien aus der Oper „Der Prophet" und „Der Evangelimann", außerdem „Die Loreley" von Liszt. Adolf Harlacher wird verschiedene Lieder mit Begleitung von Klavier und Geige (die Herren Schönbach und Bohnhardt) darbieten. Besonderes Interesse werden Duette von Dora Hansen (Harfe) und Hermann Weidlich (Flöte) erwecken. Ebenso dürfte ein Trio für Harfe, Violine und Cello (Frl. Hansen, Herr Bohnhardt und Herr Schönbach) beachtenswert sein. Den Abschluß des Abends bilden Tanzdarbietungen der beliebten Ballettmeisterin Amelie Peters und der Solotänzerinnen Toni Saß, Olga Marlow und Berta Kallweit. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet, Karten sind in der Hofmusikalienhandlung von H. Hothom erhältlich.

Zoologischer Garten. Am Mittwoch abend fand das fünfte Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Karl Nöhren statt. Es wurde eingeleitet mit der Ouverture z. Op. „Euryanthe" von Weber, dann folgte die unvollendete Sinfonie in H-moll von Schubert, die Ouverture z. Op. „Don Juan" von Mozart, Variationen aus dem Kaiser-Quartett von Haydn, die erste Orchestersuite aus „Peer Gynt" von Grieg und das Capriccio italien von Tschaikowsky. Das Konzert war gut besucht und fand allenthalben Beachtung, die nach jedem Vortrag durch starken Beifall zum Ausdruck gebracht wurde.

Stadtverordneten-Versammlung Halle.

Außerordentliche Sitzung vom 14. Februar.

Bei Eintritt in die Tagesordnung erhob der Stadtverordnete Hennig dagegen Einspruch, daß die Stadtverordnetensitzungen längere Zeit ausgefallen sind, dafür aber

wieder eine außerordentliche Sitzung

mit sehr langer Tagesordnung von teilweise großer Wichtigkeit angesetzt worden ist, an deren letzter Stelle der sozialdemokratische Schulreformantrag stehe. Das verhindere sowohl eine ausgiebige Besprechung aller Punkte wie die eigene Initiative der Versammlung, die infolgedessen nicht in die Lage komme, auch einmal mit eigenen Anträgen vorzugehen, wozu doch in bezug auf das Wahlrecht usw. aller Anlaß vorliege. Der Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers verwies Hennig an den Vorsteher selbst, der heute nicht anwesend sei, während der Oberbürgermeister die außerordentliche Sitzung darauf zurückführte, daß er auswärts gewesen sei und vordem nichts an Wichtigkeit vorgelegen habe.

Ergänzungswahlen. Der Magistrat beantragte, gemäß § 3 Abs. 2 des Gemeindebeschlusses betreffend die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises 3 Arbeitnehmer als Beisitzer für die Deputation des städtischen Arbeitsamtes zu wählen, da die Wahl des Gewerbe-Gerichtes, soweit Arbeitnehmer in Fragen kommen, ergebnislos gewesen ist. Gewählt wurden in Wiederwahl die Genossen Gröbel, Emmer und Dölz. — Die Stadtverordnetenversammlung wurde weiterhin ersucht, für die auf Grund des Gesetzes über die Kriegsleistungen notwendig werdenden Abschätzungen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke noch zwei Sachverständige als Ersatzmänner für die gewählten Herren zu wählen, und zwar den Oekonomierat Bruno Endlich und den Landwirt Richard Voigt. Dem wurde ebenfalls entsprochen.

Haushaltsgenehmigungen. Der Magistrat beantragte, den vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes der Geschwister-Röser-Stiftung für das Rechnungsjahr 1918 zu genehmigen und in Einnahme und Ausgabe auf 11 820 M. festzusetzen. Außerdem legte er den Entwurf des Haushaltsplanes der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung für 1918 zur Genehmigung vor. — Beiden Anträgen wurde debattelos zugestimmt.

Stiftungen. Die Aktiengesellschaft Riebecksche Montanwerke hat der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge der Stadt Halle eine Zuwendung von 70 000 M. vermacht. Weiterhin hat das 1916 hier gestorbene Fräulein Hedwig Bosse der Stadtgemeinde Halle ein Vermächtnis von 15 000 M. Nennwert 3½-prozentiger Staatsschuldbuchforderung hinterlassen, die zur Unterstützung bedürftiger unverheirateter Töchter hiesiger Juristen dienen sollen. — Beide Stiftungen wurden mit Dank angenommen.

Erhöhung der städtischen Kriegsbeihilfen. Der Magistrat hat beschlossen, daß infolge der Fortdauer des Krieges die für die Magistratsbeamten, ständig beschäftigten Angestellten, Oberlehrer, sowie Lehrer und Lehrerinnen an den höheren, Mittel- und Fachschulen mit Wirkung vom 1. Januar 1918 an monatlich folgendermaßen erhöht werden sollen: Unverheiratete mit einem Jahresdiensteinkommen bis zu 6000 M. (bisher 25 M.) 40 M., Verheiratete, deren Stellenhöchstgehalt der Jahresdiensteinkommen — ohne Nebenbezüge — weniger als 3200 M. beträgt (bisher 30 M.) 60 M. und für jedes Kind (bisher 3 M.) 6 M.; deren Stellenhöchstgehalt der Jahresdiensteinkommen — ohne Nebenbezüge — 3200 bis 6000 M. einschl. beträgt (bisher 45 M.) 90 M. und für jedes Kind (bisher 4.50 M.) 9 M.; mit einem Stellenhöchstgehalt oder Jahresdiensteinkommen — ohne Nebenbezüge von mehr als 6000 M. (bisher 60 M.) 120 M. und für jedes Kind (bisher 6 M.) 12 M. An Lehrpersonen werden gleichfalls diese Beihilfen unter Zugrundelegung der staatlichen Grundsätze gezahlt. Die Mehrkosten betragen für 6 Monate rund 280 000 M. und sind dem Kriegsfonds zu entnehmen.

Die Genossen Emmer und Gröbel ebenso auch einige bürgerliche Stadtverordnete erkundigen sich danach, wo die Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter bleibe, worauf der Oberbürgermeister erwiderte, daß eine entsprechende Vorlage bereits morgen vom Magistrat beschlossen würde, durch die die Arbeiter nicht schlechter stehen sollten als die Beamten. Im übrigen betonte er, daß die Teuerungszulage mit dem höheren Einkommen sinke, und daß die Kriegshelfer nach ihren Leistungen bezahlt werden. Stadtverordneter Hennig beantragte, den Magistrat zu ersuchen, über die Lohnverhältnisse in den städtischen Werken nähere Mitteilungen zu machen, außerdem gab er zu erwägen, ob die Vorlage nicht noch einmal zurückverwiesen werden solle, weil sie in ihren Prozentsteigerungen unsozial sei. Daraufhin beantragte Stadtverordneter Gieße einen Antrag auf Zurückverweisung. Hiergegen wandte sich der Stadtverordnete Hoe, der Hennigs Ansichten als unhaltbar zurückzuweisen suchte. Genosse Emmer wies darauf hin, daß die städtischen Arbeiter bisher überhaupt noch keine Kriegsbeihilfen erhalten haben, und daß somit die Arbeiter auch dann schlechter gestellt wären, wenn sie gleichmäßig mit der jetzigen Teuerungszulage für Beamte behandelt würden. Vom Magistratstisch wurde erwidert, daß auch die Arbeiter schon Kriegsbeihilfen erhalten hätten.

Schließlich wurde der Antrag Gieße abgelehnt und die Vorlage angenommen. Auch der Antrag Hennig fiel.

Kleinere Geldbewilligungen. An der Maschinenanlage des Schlachthofs bedürfen ein Ammoniak-Kompressor, ein Nachkühler und ein Ammoniak-Kondensator der Instandsetzung. Die Kosten sind auf 3000 M. veranschlagt. — Der Magistrat hat beschlossen, die Zeichenlehrerstelle am Lyzeum mit dem 1. April 1918 in eine Zeichenlehrerinnenstelle, und bei der nächsten Gelegenheit eine Lehrerinnenstelle des Lyzeums in eine Lehrerstelle umzuwandeln. Mehrkosten entstehen daraus nicht. — Der Magistrat hat beschlossen, die Zahlung der den Stiftsdamen im Assessor-Karl-Müller-Stift bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1916 bewilligten Beträge von je 272 M. für das Rechnungsjahr 1917 zu genehmigen. Die Deckung erfolgt aus den zu erwartenden Ueberschüssen der Hausstiftung. — Der Magistrat hat beschlossen, die in der Enteignungsprozeßsache des Gastwirts Heinrich Ricke vorsorglich gegen das Urteil des Landgerichts vom 11. Juli 1917 eingelegte Berufung zurückzunehmen und die dem Genannten zugesprochene Entschädigung von 19 720 M. nebst Kosten der Anleihe von 1910 zu entnehmen. — Sämtliche Anträge wurden genehmigt.

Vermietung städtischer Räume. Der Magistrat hat beschlossen, die Haarpflegeräume im Stadtbad für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919 an den Friseur Hennicke zum Jahresmietzinse von 800 M. zu vermieten. Für den Fall, daß das Bad gänzlich geschlossen werden muß, wird dem Mieter für die Zeit des gänzlichen Schlusses ein Mietnachlaß für die Zeit des gänzlichen Schlusses ein Mietnachlaß von 1 M. je Tag gewährt. Dem Antrage des Hennicke, auch für den Fall der teilweisen Schließung des Stadtbades einen Mietnachlaß zu gewähren, war nicht stattgegeben worden. Diesem Beschluß trat die Versammlung bei.

Weitere 4 Millionen für Kriegsausgaben.

Die unterm 13. August v. J. zur Bestreitung der Kriegsausgaben bewilligten 4 Millionen Mark sind aufgebraucht. Der Magistrat beantragte daher, ihm für diesen Zweck weitere 4 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, und ihn zu ermächtigen, den jeweiligen Bedarf durch Aufnahme schwebender Schulden zu beschaffen. Die Ist-Ausgabe beziffert sich seit Kriegsbeginn nach Abzug der schon erstatteten und zurückvereinnahmten Beträge bis Ende Oktober 1917 auf 24 962 534.13 M. Davon haben jedoch als noch nicht endgültig verausgabte 2 853 414 M. zu gelten, nämlich: der Verkaufswert der Nahrungsmittelvorräte von 1 000 000 M., diejenigen verzinslichen Verläge, über die staatliche Anerkenntnis vorliegen 9973 M., derjenige Teil der gemeindlichen Zuschüsse zu den reichsgesetzlichen Familien-Unterstützungen, dessen Erstattung aus Reichs- und Staatsmitteln zu erwarten und für August bis Oktober mit 1 107 441 M. anzusetzen ist, die vom Reiche gewährte und inzwischen gezahlte weitere Abschlagszahlung auf die Mindestsätze der Familien-Unterstützungen 736 000 M. Es bleibt daher eine Ausgabe von 22 109 120.13 M. einschl. der noch nicht erstatteten für Rechnung des Reiches gezahlten 10 844 910.47 M. Familien-Unterstützungen. Da bisher 22 000 000 M. bewilligt worden sind, macht sich die Bereitstellung weiterer Mittel erforderlich.

Auch diese Vorlage wurde genehmigt.

Ausbau der Gasanstalt. Die Sicherstellung der Gasversorgung durch das städtische Gaswerk erfordert infolge der durch den Krieg verursachten Umstände sowohl für den Fall einer längeren Kriegsdauer als für die Wiederkehr des Friedenszustandes eine alsbaldige Erweiterung der vorhandenen Gaserzeugungsanlagen, die als Neubau von 8 Vertikalretortenöfen an der Stelle von 4 älteren, abzubrechenden Horizontal-Retortenöfen geplant ist. Die Kosten, die Abbruch der 4 Horizontalöfen, Neubau der 3 Vertikalöfen mit ihren Fundamenten und der maschinellen Ausstattung an Kohlen- und Koks-Transportmitteln, Gas-, Wasser-, Teer- und Dampfleitungen erfordern, sind auf 550 000 M. veranschlagt. Da die Dringlichkeit der Ausführung auch durch die für Freigabe des benötigten Materials zuständige Gasstelle in Berlin anerkannt worden ist, beantragt der Magistrat im Einvernehmen mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke, dem Plane zuzustimmen und die benötigten Mittel in Höhe von 250 000 M. aus dem Reservefonds des Gaswerks und in Höhe von 300 000 M. aus der Anleihe 1910 zu bewilligen. Diesem Antrage wurde entsprochen.

Nachbewilligungen. Durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung in den Jahren 1914 und 1916 wurden für die Arbeiten am Mühlgraben 678 970 M bewilligt. Die jetzt nun abgeschlossenen Kosten belaufen sich aber auf 735 900 M., so daß 56 930 M. nachbewilligt werden müssen. — Für den Einbau einer neuen Heizungsanlage in der Martinschule standen 2100 M. zur Verfügung. Die Kosten haben sich aber auf 5601 M. erhöht, so daß sich die Nachbewilligung von 3501 M. notwendig macht. — Beim endgültigen Kostenabschluß des Stadtbades hat sich ergeben, daß ein Fehlbetrag von 36 279 M. vorhanden ist, der ebenfalls nachbewilligt werden muß. Die Nachbewilligungen wurden genehmigt.

Aus der Provinz.

Querfurt. Ein Bubenstück. An einem der letzten Tage ist ein Rohrgehstock zwischen Deimbach und Bahnhof Lodersleben in die die Straße entlangführende Hochspannungsleitung des Elektrizitätswerkes Kreis Querfurt geschleudert worden. Infolge des dadurch entstandenen Kurzschlusses waren die gesamten Stromabnehmer etwa 16 Stunden gänzlich ohne Strom. Das Werk zahlt eine Belohnung von 100 Mark für die Namhaftmachung des Täters.

Naumburg. Die Schätze des Einsiedlers. Aus Naumburg wird der Magdeb. Ztg. berichtet: Nahe bei Herzogswaldau lebte in einem kleinen Häuschen der Arbeiter Pietsch das Leben eines Einsiedlers. Niemand weiß recht, wie er zu dem Hause gekommen war, denn viel Vermögen glaubte man bei ihm nicht finden zu können. Das Häuschen verfiel immer mehr. Die Dachziegel waren verschwunden und schon zauste der Wind an den morschen Wänden, die allmählich nachgaben und stellenweise bereits ins Innere der seltsamen Herberge des alten Mannes schauen ließen. Dieser aber fühlte sich wohl hier. Er hockte in der Ecke und kümmerte sich nicht im entferntesten um das Rad der Zeit, das an seinem Unterschlupf nagte und schien durchaus nicht zu befürchten, daß einmal das Bauwerk zusammenfallen könne. Das aber erkannte die Behörde, die den Einsiedler zwangsweise entfernen lassen mußte, wenn sie Unheil verhüten wollte. Es dauerte denn auch nicht mehr lange, als ein leichter Sturm das mürbe und morsche Bretterwerk zusammenwarf. Und nun kam Pietsch und wühlte im Schutt. Er suchte verzweifelt nach seinen Schätzen, die er nicht finden konnte. Erst Knaben entdeckten den Ort, wo dieser Mann einen Topf Gold und Silbergeld verborgen hatte.

Zeitz. Der Volksbote ist durch eine Verfügung des Generalkommandos auf drei Tage verboten worden. Der Grund hierzu entzieht sich unserer Kenntnis.

— Als Leiche aufgefunden. Am Dienstag vormittag wurde nahe des Elektrizitätswerkes in der Elster die Leiche einer Frau gefunden. Es handelt sich um die schon seit einiger Zeit vermißte Frau Herold.

Teuchern. Landverpachtungen. Der hiesige Verein für Obst und Gartenbau hat nunmehr 31 Morgen Land, also mehr als zu manchem kleinen Bauerngut gehört, in Parzellen von 300 Quadratmetern Größe an kleinere Leute zu Gemüse- und Kartoffelbau aufgeteilt. Sechs Morgen davon hat bereits im vorigen Jahre der Fabrikbesitzer Erfurth zur Verfügung gestellt, und 25 Morgen hat in diesem Jahre das Rittergut an den Verein verpachtet. Ueber 2500 Familien, etwa ein Viertel davon, die in Teuchern wohnen, sind auf diese Weise in die angenehme Lage versetzt worden, ihr Gemüse selbst zu bauen. Trotzdem hat die Nachfrage längst nicht befriedigt werden können, viele mußten noch abgewiesen werden.

Bitterfeld. Scharfe Maßnahmen gegen das Schlafstellenwesen. Wie die Polizeiverwaltung bekannt gibt, hat sich herausgestellt, daß Familien hiesiger Stadt Kostgänger und Schlafleute halten, ohne hierzu die polizeiliche Genehmigung nachgesucht und erhalten zu haben. Weiter ist festgestellt, daß Familien mehr Kostgänger und Schlafleute aufgenommen haben, als sie aufnehmen dürfen. Auch werden in solchen Familien, was unzulässig ist, Pflegekinder gehalten. Hierzu wird bemerkt, daß die erteilte Erlaubnis nur für die auf dem Erlaubnisscheine aufgeführte Zahl der Schlafleute und für die Räume galt, für die eine solche erteilt war. Ist eine Familie, die Kostgänger oder Schlafleute hält, nach einer anderen Wohnung verzogen, so ist die erteilte Erlaubnis erloschen und müßte der Haushaltungsvorstand eine neue Genehmigung nachsuchen. Dasselbe galt, wenn später eine Vermehrung in dem Familienstande des Wohnungsinhabers eintrat. Die Polizeiverwaltung erklärt daher die bis jetzt erteilten Genehmigungen sämtlich als erloschen. Diejenigen Familien, die Kostgänger oder Schlafleute halten, werden aufgefordert, bis Donnerstag, den 28. Februar, einen neuen Antrag — für männliche und weibliche Personen getrennt — zur Genehmigung auf der Polizeiwache, Rathaus, Zimmer Nr. 1, nach vorgeschriebenem Formulare einzureichen. Formulare sind auf der Polizeiwache erhältlich. Nach dem 28. Februar findet eine Revision von Haus zu Haus statt. Diejenigen, die Kostgänger und Schlafleute halten und diese entweder überhaupt nicht gemeldet oder die erforderlichen Angaben unrichtig erstattet haben, werden unnachsichtlich bestraft. Nach dem 28. Februar ist jede Veränderung in dem Familienstande des Wohnungsinhabers, jede Veränderung in der Zahl der Kostgänger oder Schlafleute — getrennt nach männlichen und weiblichen Personen — sowie jeder Wohnungswechsel innerhalb 6 Tagen der Polizeiverwaltung nach vorgeschriebenem Formular zu melden. Unterlassung zieht gleichfalls Strafe nach sich. Familien, die Schlafleute halten, dürfen Pflegekinder nicht aufnehmen.

Bitterfeld. Kriegsunterstützungswesen. Da wiederholt Kriegerfrauen unberechtigt Kriegsunterstützung weiter bezogen haben, weist der Magistrat darauf hin, daß jede Veränderung in den Einkommens- oder Familienverhältnissen, die eine Ermäßigung oder Einstellung der Kriegsunterstützung zur Folge haben kann, im Unterstützungszimmer oder -Kasse (Rathaus, Zimmer 5 oder 8) schriftlich oder mündlich bei Meidung der Rückforderung zuviel erhobener Unterstützung und gerichtlicher Bestrafung sofort anzuzeigen ist. In Frage kommen hauptsächlich: Beförderung zum Feldwebelleutnant oder Offizier, Entlassung aus dem Heeresdienst, Beurlaubung oder Entlassung zur Arbeit, Ableben eines Kindes, Erlangung oder Erhöhung von Arbeitsverdienst, auch der Kinder über 15 Jahre, Arbeitgeberunterstützung, Unterstützung von Verwandten oder Dritten, Fortfall oder Ermäßigung der Mietsverbindlichkeiten, Unterbringung von Angehörigen in Kranken- oder anderen Anstalten usw.

— Jugendliche Einbrecher. Während der letzten Tage waren in den Unterkunftsräumen eines hiesigen Werkes mehr als 70 Schränke erbrochen und beraubt worden. Gestohlen wurden Kleidungsstücke, Zwirn, Wolle, Hüte, Mützen, Handkoffer und Eßwaren im Werte von 540 Mark. Als Täter wurden jetzt die 14- bis 17jährigen Arbeiter Karl Gärtner aus Niemegk, Paul Schmidt aus Jeßnitz, Ignatz Michalak und Richard Völker aus Greppin ermittelt und festgenommen. Sämtliche Verhaftete haben sich schon seit einigen Tagen arbeitslos umhergetrieben und in unbenutzten Fabrikräumen eines Werkes genächtet. Die meisten der gestohlenen Sachen wurden im Eiskeller des Bahnhofs versteckt aufgefunden. Die Diebe sind im vollen Umfange geständig.

Torgau. Vereitelte Fleischverschiebungen. Verschiedenen Geheimschlachtungen ist man letzthin hier auf die Spur gekommen. Einen besonders großen Umfang hatten solche Schlachtungen in einer am Rande der Stadt gelegenen Gastwirtschaft angenommen. Nach den Feststellungen sind dort zwei Rinder und ein großes Kalb geheim geschlachtet worden. Etwa die Hälfte des Fleisches und die Häute wurden noch beschlagnahmt. Das Fleisch sollte durch Fuhrwerk nach Leipzig geschafft werden, die heimliche Fuhre wurde aber nachts in Taucha bei Leipzig abgefaßt. Der Besitzer des Fuhrwerks, ein Produktenhändler von hier, sowie der Begleiter, ein früher in Torgau, jetzt in Leipzig lebender Gastwirt, wurden dabei verhaftet. Als Schlächter soll ein Soldat in Betracht kommen. Weiter wurden in letzter Zeit auch auf dem hiesigen Bahnhofe und den Bahnhöfen des Kreises nach Großstädten bestimmte Fleischwaren usw., die aus Geheimschlachtungen stammten oder unerlaubt verschickt wurden, beschlagnahmt. Sie kommen dem Kommunalverbande zu, der sie dann den Lazaretten überweist.

Eisleben. Diebstähle. Einer in der Hallischen Straße wohnenden Dame wurde kürzlich aus ihrer Wohnung eine goldene Damenuhr entwendet. — Einem Fräulein von hier wurde vor einigen Tagen im Theaterlokal ein Jackett im Werte von 60 Mark von ihrem Sitze gestohlen. Zwei Anwohnern der Leuschner Straße wurden nachts 4 Kaninchen aus dem verschlossenen Kaninchenkasten, der auf dem Hofe stand, entwendet. Die Schlösser waren gewaltsam geöffnet. — Die Täter, die kürzlich nachts einem hiesigen Landwirte die Kaninchen stahlen, sind in der Person zweier nach hier beurlaubter Soldaten festgestellt worden. Beide haben die Tat eingestanden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180215-12/fragment/page=0006